

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 33. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 16. Juni 2015 / 17. Juni 2015
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.10 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Jürg Vogt, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Franz Vogt
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt:
(16.06.2015) Armin Bieri, Ruedy Breitenstein, Mario Elser, Kathrin Gürtler,
Patrick Kneubühler, Jacqueline Misslin, Niklaus Morat, Semra Wagner-Sakar

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 31 Anwesende = 21
19.00 Uhr, 32 Anwesende = 22

Gäste:

Entschuldigt:
(17.06.2015) Armin Bieri, Peter Brack, Kathrin Gürtler, Ueli Keller
Patrick Kneubühler, Jacqueline Misslin, Roland Naef,
Barbara Selinger, Stephan Wolf

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 31 Anwesende = 21

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 18.03.2015, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 13.05.2015, betreffend der **Jahresrechnung 2014**
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt

Geschäft 4220 / A

2. Bericht des Gemeinderates vom 25.03.2015, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 18.05.2015, betreffend **Geschäftsberichte 2014 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4221 / A
3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 20.04.2015, betreffend **„hinsichtlich der Prüfung der Personalwechsel in der Gemeindeverwaltung“**
Geschäftsvertretung: GPK-Vizepräsident Philippe Hofmann Geschäft 4162 / A
4. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 20.04.2015, betreffend **Rechenschaftsbericht 2014**
Geschäftsvertretung: GPK-Vizepräsident Philippe Hofmann Geschäft 4236
5. Bericht des Gemeinderates vom 27.05.2015, zum Postulat der GLP/BDP-Fraktion, vom 20.01.2014, betreffend **Transparenz bei den Vergütungen und Nebeneinkünfte des Gemeinderates**, sowie zum Postulat der SP-Fraktion, vom 22.01.2014, betreffend **Honorar-Affäre BL: Was ist auf Gemeindeebene nötig?**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4177 / A
Geschäft 4178 / A
6. Interpellation von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 14.05.2015, betreffend **Aktuelle Entwicklung im Alterskonzept der Gemeinde Allschwil – Sind wir auf dem richtigen Weg**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4239
7. Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion, vom 09.09.2014, betreffend **Bewirtschaftung gemeindeeigener Grundstücke**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4204
8. Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion, vom 13.01.2015, betreffend **Parc des Carrières**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4225
9. Postulat von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli und Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.02.2015, betreffend **Sicherheitskonzept für das Primarschulschwimmen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4228
10. Wahl der Mitglieder des **Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2015/2016**
 - a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
 - b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
 - c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
 - d) Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen
 - e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmzähler / Stimmzählerinnen, Geschäft 4235

Nach der Pause am Mittwoch, 17. Juni 2015:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
- FRAGESTUNDE

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 33 vom 16. und 17. Juni 2015

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Jürg Vogt

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Jürg Vogt, Präsident: Ich begrüsse Sie heute zur Einwohnerratssitzung. Wir haben heute und morgen eine Sitzung, wie Sie wissen. Wir haben im Büro besprochen, dass es das Ziel ist, dass wir heute bis Traktandum 6 behandeln. Sie sind sicher alle daran interessiert, dass wir morgen eine kurze Sitzung machen können.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Es liegt kein dringliches Geschäft vor. Die Interpellation betreffend Finanzierung „Unser neues Schulhaus“ wurde überwiesen, Sie haben diese erhalten. Die Traktandenliste haben Sie rechtzeitig erhalten. Gibt es dazu Änderungsanträge? Das ist nicht der Fall, somit ist diese genehmigt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 18.03.2015, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 13.05.2015, betreffend der Jahresrechnung 2014
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4220 / A

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich möchte Sie alle herzlich zur Präsentation der Rechnung 2014 begrüssen. Die Präsentation ist wie folgt gegliedert. In einem ersten Schritt werde ich kurz und bündig die Ergebnisse der Erfolgs- und Investitionsrechnung 2014 vorstellen. Ich werde kurz die Folgen von HRM2 auf unsere Finanzen erläutern. In einem zweiten Schritt werde ich die grössten Abweichungen zum Budget 2014, den Einfluss auf den Finanzausgleich 2015 und die Entwicklung der Investitionen im 2014 erläutern. In einem letzten Schritt werde ich ein kurzes Fazit ziehen. Wir kommen zur Einleitung. Die Rechnung 2014 schliesst mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab, also einem Null-Ergebnis. Das ausgeglichene Ergebnis kommt nicht zufällig daher und ist keine Punktlandung. Das operative Ergebnis zeigt einen Verlust von CHF 1'200'000. In den Vorjahren wurden die Steuererträge sehr vorsichtig abgegrenzt. Dies hat dazu geführt, dass im 2014 Steuererträge aus den Vorjahren im Umfang von CHF 6'100'000 angefallen sind. Daraus hat sich ein Gewinn von CHF 4'900'000 ergeben. Zum Thema Steuerabgrenzungen liegt Ihnen auch ein Infoblatt des Kantons vor allem auf der zweiten Seite unten, wo es um die Steuerabgrenzungen geht. Es wäre falsch gewesen, bei einem aktuellen operativen Defizit von CHF 1'200'000 ein solch gutes Ergebnis auszuweisen. Deshalb hat sich der Gemeinderat entschlossen, im Umfang von CHF 4'900'000 die Vorfinanzierung für das neue Schulhaus Gartenhof zu äufnen und somit nachhaltig zukünftige Abschlüsse zu entlasten. Das operative Ergebnis von CHF 1'200'000 ist ein Verlust, jedoch um CHF 1'200'000 besser als budgetiert. Die generelle Leistungsüberprüfung ist in der Erfolgsrechnung 2014 erst vereinzelt berücksichtigt und wird in den Abschlüssen ab 2015 ihre Wirkung zeigen. Die Netto-

Investitionen im 2014 belaufen sich auf CHF 22'500'000. Das ist um knapp CHF 3'000'000 tiefer als budgetiert. Der grösste Kostenblock ist der Bereich Bildung mit CHF 17'500'000, davon macht unser neues Schulhaus CHF 12'500'000 aus. Die grösste Abweichung gegenüber dem Budget ist der Abbruch und Neubau des Kindergartens Pestalozzi. Gegenüber den geplanten CHF 4'200'000 wurden lediglich CHF 1'900'000 ausgegeben. Einerseits gab es im 2014 eine zeitliche Verzögerung beim Bau, diese wurde zwischenzeitlich wieder aufgeholt. Andererseits hat es einige Submissionserfolge. Bei den Spezialfinanzierungen wurden nicht budgetierte Anschlussbeiträge im Umfang von CHF 1'900'000 eingenommen. Diese sind grösstenteils auf die Überbauung Langmatten II zurückzuführen.

Der Abschluss 2014 ist die erste Jahresrechnung nach HRM2. Die Jahresrechnung 2013 wurde nicht angepasst. Erstens, weil es nicht vorgeschrieben ist, und zweitens, weil es mit grossem Aufwand verbunden wäre. Ab dem Abschluss 2015 werden Sie wieder einen Vorjahresvergleich haben, wie Sie sich das bisher gewohnt waren. HRM2 schreibt vor, dass das Finanzvermögen, also die Vermögenswerte, welche nicht direkt für die Verwaltungsaufgaben benötigt werden, zum Marktwert bewertet werden, so hat eine Aufwertung des Finanzvermögens um CHF 6'800'000 stattgefunden. Gleichzeitig haben wir per 1. Januar 2014 die Rückstellung für die Ausfinanzierung der Pensionskasse im Umfang von CHF 19'400'000 verbuchen müssen. CHF 19'400'000 minus die CHF 6'000'000 ergibt netto eine negative Neubewertungsreserve von CHF 12'600'000. Diese muss innert höchstens 20 Jahren abgeschrieben werden. Das wäre eine jährliche Belastung von knapp CHF 630'000. Wenn Grundstücke aus dem Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen übertragen werden, wie das der Finanzplan vorsieht, müssen die Aufwertungen auf den Marktwert zwingend mit dieser Neubewertungsreserve verrechnet werden. Somit verschwindet diese in den nächsten fünf Jahren. Zu diesem Thema habe ich im Info-Fenster noch eine gute Nachricht.

Wir kommen zum Hauptteil. Die wesentlichen Abweichungen zum Budget 2014 sind beim Personalaufwand. Dieser ist über alles gesehen im 2014 stabil geblieben. Analysiert man den Personalaufwand detailliert, so stellt man folgendes fest. Die Löhne des Verwaltungspersonals liegen um CHF 327'000 unter dem Budget. Die Löhne der Lehrpersonen sind um CHF 130'000 höher als budgetiert. Zusätzlich wurden aufgrund der Ausfinanzierung der BLPK und den damit verbundenen Rentenansprüche CHF 300'000 in Wegkauf von Rentenkürzungen investiert. Der Bereich Aus- und Weiterbildung ist um knapp CHF 102'000 tiefer als erwartet ausgefallen.

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen sind um CHF 672'000 tiefer als budgetiert. Das hat diverse Gründe. Einerseits sind im 2013 weniger Projekte als erwartet abgeschlossen worden, andererseits haben sich die hohen Anschlussbeiträge bei der Spezialfinanzierung, die Anschaffungskosten, stark gemindert.

Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen. Die Zunahme resultiert hauptsächlich aus den ausgezeichneten Rechnungsabschlüssen der Spezialfinanzierungen.

Der Transferaufwand ist knapp CHF 1'300'000 tiefer als budgetiert. Die Triebfeder dieser Kostenunterschreitung sind der Finanzausgleich und die tieferen Kosten für die Abwasserbeseitigung. Ausserordentlicher Aufwand. Hier handelt es sich fast ausschliesslich um die Einlage in die Vorfinanzierung Schulhaus Gartenhof im Umfang von CHF 4'900'000.

Wir kommen zum Ertrag, Fiskalertrag. Wie bereits im Rahmen der Einleitung erwähnt, sind im 2014 einmalig nicht abgegrenzte Steuererträge aus den Vorjahren im Umfang von CHF 6'100'000 angefallen. Seit HRM2 bzw. der Rechnung 2014 hat der Kanton in seinem Finanzhandbuch klare Vorgaben für die Berechnung der Steuerabgrenzung. Somit sind zukünftig, ausser in ausserordentlichen Fällen, keine so hohen Abweichungen mehr möglich, bzw. gibt es keine stillen Reserven mehr.

Finanzertrag. Der Finanzertrag ist um CHF 588'000 höher als budgetiert. Der grösste Grund für diese Abweichung ist der Landverkauf an den Kanton für den Kreisel Baslerstrasse/Grabenring im Umfang von CHF 250'000.

Der Transferertrag ist um CHF 856'000 schlechter als budgetiert. Das ist einerseits auf die um CHF 314'000 tiefer ausgefallenen Sonderlastabgeltung Sozialhilfe und andererseits auf tiefere Rückerstattungen im Sozialhilfebereich durch den Kanton zurückzuführen.

Ausserordentlicher Ertrag. Dieser beträgt CHF 440'000 und ist einzig auf die Auflösung der Vorfinanzierung im Abwasserbereich zurückzuführen. Die Vorfinanzierung hat nicht mehr den Vorgaben von HRM2 entsprochen und musste aufgelöst werden.

Die hohen Steuererträge im 2014 mit den zu tiefen Steuerabgrenzungen 2013 haben zur Folge, dass die Steuerkraft in Allschwil im 2014 massiv höher als in den Vorjahren ausfällt und somit ein direkter Einfluss auf den Finanzausgleich 2015 hat. Der Finanzausgleich für das laufende Geschäftsjahr führt erst im Folgejahr zu einer Abschöpfung. In der Vergangenheit war es möglich für den Finanzausgleich Rückstellungen zu bilden. Das ist unter HRM2 nicht mehr zulässig. Das Ergebnis 2015 wird somit schlechter als budgetiert ausfallen. Jedoch hat das Ganze einen positiven Effekt. Dadurch dass die hohen Steuererträge kumuliert in einem Jahr anfallen, erreichen wir mit grosser Wahrscheinlichkeit die

17% Abschöpfungsbereich und fallen aus der 80% Grenze Abschöpfungsbereich. Die Mehrerträge kommen uns so günstiger, als wenn sie in den effektiven Jahren gezeigt worden wären. Es sind nur die wesentlichen Investitionen im Detail aufgelistet. Investitionen der Spezialfinanzierungen sind nicht enthalten. Folgendes waren die grössten Investitionen, also grösser als CHF 500'000: Neubau Schulhaus Gartenhof CHF 12'508'000. Kindergarten Pestalozzi, Abbruch und Neubau, CHF 1'855'000. Doppeltageskindergarten Spitzwald, CHF 1'542'000. Kindergarten Schlappenmatten, CHF 573'000. Verkehr, diverse Strassensanierungen, CHF 529'000. Ausbau Herrenweg Ofenstrasse, CHF 525'000. Ersatz öffentliche Beleuchtung, CHF 565'000. Diese Grafik zeigt, dass der Löwenanteil der Investitionen ins Schulhaus und in die Kindergärten fliesst.

Zu den Ergebnissen der Spezialfinanzierungen. Spezialfinanzierung Wasser und Abwasser haben beide im 2014 mit einem hohen Gewinn abgeschlossen. Das ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Einerseits waren die Anschlussbeiträge insbesondere wegen Langmatten II im 2014 sehr hoch und haben somit zu tieferen Abschreibungen geführt. Andererseits sind beim Abwasser die Kosten aufgrund von Vertragsverhandlungen stark gesenkt worden. Eine allfällige Senkung der Gebühren wird im Rahmen der Budgetierung 2016 unter Berücksichtigung der kommenden Investitionen in Betracht gezogen.

Fazit. Das bereinigte Ergebnis 2014 ohne die Einlage in die Vorfinanzierung und ohne die Steuereinnahme aus den Vorjahren entspricht einem Verlust von CHF 1'200'000. Das ist zwar um CHF 1'200'000 besser als das Budget, aber um CHF 450'000 schlechter als das Vorjahr. In allen Funktionen ausser bei Soziale Sicherheit und Gesundheit, wo hauptsächlich gebundene Kosten sind, liegen wir unter den budgetierten Werten. Aufgrund der hohen Investitionstätigkeit und der Ausfinanzierung der Pensionskasse hat sich das Nettovermögen von CHF 5'800'000 in eine Nettoschuld von CHF 18'000'000 verwandelt. Die hohen Vorjahressteuererträge im 2014 sind einmalig. In ausserordentlichen Fällen werden keine so hohen Vorjahressteuererträge in den Folgejahren anfallen.

Budget 2015 sowie der Finanzplan 2016 bis 2019 berücksichtigen bereits realistische Steuererwartungen. Diese müssen nicht revidiert werden. Das Ziel des Gemeinderates ist unverändert ein mittel- bis langfristig ausgeglichener Finanzhaushalt. Dieses Ziel wird mit dem Abschluss 2014 leider nicht erreicht. Neben den zum Teil noch ausstehenden C-Massnahmen der generellen Leistungsüberprüfung ist weiterhin folgendes notwendig: Die Beibehaltung der Ausgabendisziplin. Keine wesentlichen neuen gebundenen Aufwände zulassen. Permanent prüfen, ob Einsparungspotential besteht. Investitionen nur gezielt und aufgrund einheitlicher Priorisierung auch hinsichtlich einer Reduktion von möglichen Folgekosten. Es wird auch in den kommenden Jahren weiterhin Anstrengungen von allen benötigten, Gemeinderat, Verwaltung und Einwohnerrat. Packen wir es an.

René Imhof, Fireko-Präsident: Am 23. März wurde die Rechnung der Fireko präsentiert und erläutert. Im Anschluss haben die Subkommissionen die Rechnung stichprobenweise überprüft und Fragen an den Hauptabteilungsleiter Herrn Hammel gestellt. Diese wurden am 6. Mai zur vollen Zufriedenheit beantwortet. Die Rechnung 2014 schliesst mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Dies ist möglich, weil im 2014 nicht abgegrenzte Steuererträge aus den Vorjahren in der Grösse von CHF 6'100'000 eingenommen wurden. Das Defizit im 2014 hat somit lediglich CHF 1'200'000 erreicht, und ist tiefer als budgetiert. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Differenz von CHF 4'900'000 vollumfänglich in die Vorfinanzierung des neuen Schulhauses zuzuweisen. Auch die Revision der BDO AG ist zur Zufriedenheit ausgefallen.

Bemerkungen. Ungeachtet von dieser Genehmigungsfähigkeit möchte die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission ihr Erstaunen über die Höhe der in den Vorjahren nicht abgegrenzten Steuererträge zum Ausdruck bringen. Diese nicht abgegrenzten Steuererträge haben immerhin CHF 6'100'000 erreicht. An dieser Stelle möchten wir mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass dieser hohe Steuerertrag lediglich ein einmaliger positiver Effekt darstellt. Im Jahr 2015 wird dies zu einem höheren Finanzausgleich führen. Der bisherige Finanzplan mit dem vorhergesagten strukturellen Defizit hat nach wie vor vollumfängliche Gültigkeit, was es auch bei der zukünftigen Finanzplanung stets vor Augen zu halten gilt. Das im Vorjahr ausgewiesene Nettovermögen von rund CHF 355'000 pro Einwohner ist im Jahr 2014 in eine Nettoschuld von CHF 868 pro Einwohner umgeschlagen. Das kommt gemäss den einschlägigen Richtwerten nur einer geringfügigen Verschuldung gleich. Der Grund dafür liegt in den bereits erwähnten Ausfinanzierung der BLPK sowie in den Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen von rund CHF 21'000'000, die rund zur Hälfte mit eigenen Mitteln finanziert werden.

Selbstfinanzierungsgrad 48% anstatt den angestrebten 100%. Die hohen zukünftigen Investitionen sowie das strukturelle Defizit werden die Nettoschuld in den kommenden Jahren stark anwachsen

lassen, sodass langfristig mit einer hohen oder sogar sehr hohen Verschuldung gerechnet werden muss. Der durchschnittliche Bestand an flüssigen Mitteln hat im Jahr 2014 mit einem Monatsdurchschnitt von nicht weniger als CHF 28'000'000 wiederum einen sehr hohen Wert erreicht, was einen unnötigen Zinsaufwand von rund einer halben Million zur Folge hat. Auch wenn dieser hohe Geldbestand mit der Ausfinanzierung der BLPK per Ende 2014 auf rund CHF 9'000'000 abgebaut wurde, empfiehlt Ihnen die Fireko hier die Finanzierung der Gemeindeausgaben nicht nur mit langfristigen Darlehen zu sichern, sondern die Aufnahme von kurzfristigen und flexiblen Dispokrediten zu prüfen, um unnötige Liquidationsüberschüsse zu vermeiden. Schliesslich hat die Fireko an dieser Stelle ihr Erstaunen darüber zum Ausdruck gebracht, dass der Gemeinderat offenbar keine Angaben zu den Bildungskosten pro Schüler machen kann, was einen Kostenvergleich mit anderen und namentlich mit den umliegenden Gemeinden verunmöglicht. Bei den zukünftigen Kostenrechnungen wären aussagekräftige und gemeindeübergreifende Kennzahlen beispielsweise für allfällige zukünftigen Kosten/Leistungsrechnungen wünschenswert.

Der Gemeinde Allschwil kann in Anlehnung an den bereits erwähnten Revisionsbericht der BDO vom 26. März trotz den obigen Bemerkungen eine saubere und ordnungsgemässe Buchführung attestiert werden. Die Fireko empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig die Jahresrechnung 2014 zu genehmigen. An dieser Stelle möchte ich es nicht unterlassen, dem Hauptabteilungsleiter Joseph Hammel Dank auszusprechen für die gute grafische Darstellung in der Rechnung 2014, welche selbst ein Nicht-Buchhalter auch versteht.

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zu Beratung des Geschäfts als Ganzes und machen anschliessend die Detailberatung.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte zu dieser Rechnung positiv vermerken im Namen der GLP, dass Allschwil die Kosten im Griff hat. Wir zeigen uns allerdings weiterhin besorgt über das strukturelle Defizit, welches wir nicht beseitigen konnten, trotz der einmaligen Mehreinnahmen bei den Steuern von CHF 6'000'000. Darum sind weitere Sparanstrengungen erforderlich. Es ist auch anzumerken, dass die Liquiditätsplanung verbessert werden muss. Wir haben auch in diesem Jahr wieder über eine halbe Million unnötige Zinsen ausgegeben für nicht benötigte Kredite. Ich denke an Diskussionen über Kleinstbeträge und auf der anderen Seite geben wir Geld aus für nichts. Gemeinderat Vogt hat, was uns sehr freut, einen tieferen Wasser- und Abwasserbeitrag in Aussicht gestellt, eine Senkung der Gebühren. Wir haben im 2014 einen Reingewinn dort erwirtschaftet von über CHF 2'000'000. Das geht vor allem auf Kosten von Familien und sonstigen Haushalten mit hohem Wasserverbrauch, und das ist unsozial. Wir begrüssen es darum, wenn diese Gebühren gesenkt werden.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Im Namen der FDP-Fraktion danke ich für diese gute Arbeit in Zusammenhang mit der Rechnung 2014. Wir sind zur Ansicht gekommen, dass es zwar angenehm ist, dass wir für ein Jahr ein ausgeglichenes Resultat haben. Man wird auch in Zukunft die Kosten abwägen müssen und im Auge behalten. Wir haben auch festgestellt, dass wieder Qualität, Ruhe und Kompetenz in der Buchführung hergestellt wurde. Die Übergangsphase der Personalwechsel ist zum Glück vorbei.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Die vorliegende Rechnung ist ein Buch mit über 100 Seiten und zeigt im Detail für wen und wofür wir in Allschwil Gelder einsetzen und erhalten. Das gilt es einmal mehr heute Abend hier zu würdigen. Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten für ihr grosses Engagement in diesem jährlich wiederkehrenden wichtigen Geschäft, allen voran dem Gemeinderat, der Verwaltung, der Fireko und der BDP. Die SP stellt fest, dass dieses Jahr gegen aussen eine ausgeglichene Rechnung dasteht. Nachfolgend nehme ich wenige Punkte raus, die uns aufgefallen sind. Wie bereits gehört, ist auf der Aufwandseite festzustellen, dass die Löhne der Verwaltung um über CHF 300'000 tiefer sind als budgetiert. Die Fortbildungskosten sind CHF 86'000 tiefer. Das ist ein beachtlicher Beitrag der Verwaltung an den Sparauftrag. Beim Ertrag schlagen die Fiskalbeiträge mit über CHF 6'000'000 kräftig zu Buche. Der Überschuss geht direkt in die Vorfinanzierung des neuen Schulhauses, das freut uns und ist sinnvoll. Bei der Erfolgsrechnung ist uns aufgefallen, dass im Verkehr CHF 105'000 weniger ausgegeben wurden. In Kultur, Sport und Freizeitbereich wurde das Doppelte weniger ausgegeben, über CHF 200'000. In der Investitionsrechnung hingegen wird für den Verkehr drei Mal mehr als für Kultur, Sport und Freizeit investiert, nämlich CHF 2'000'000 zu CHF 600'000. Wir regen daher an, dass die vorgetragenen Punkte mittelfristig ausgeglichen werden. Die

grösste Gemeinde des Baselbiets braucht nicht nur Investitionen in den Verkehr, sondern auch ein angemessenes Angebot in Kultur, Sport und Freizeit. Ebenso denken wir, dass der KMU-Betrieb, nämlich unsere Verwaltung Allschwil, nur gute und sehr gute Arbeit leisten kann, wenn Gelder und die für die Förderung entsprechenden am Markt angepassten Beiträge gesprochen werden. Einzelne Kolleginnen der Fraktion werden bei der abschnittswisen Beratung zum einen oder anderen Punkt etwas sagen. Wenn man den Bericht der Fireko anschaut, dann sieht man, dass dort keine SP-Mitglieder unten aufgeführt sind. Das hat den Grund, dass die einen abwesend waren und die anderen kurzzeitig zu spät waren und nachher nicht mehr an die Sitzung konnten. Es ist nicht so, dass die SP kein Interesse am Bericht hat. Wir danken allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und die SP wird die Jahresrechnung 2014 genehmigen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir in der CVP-Fraktion haben uns mit dieser Rechnung in der letzten Fraktionssitzung ebenfalls befasst. Wir werden ebenfalls die Genehmigung dieser Rechnung beantragen. Dass der Selbstfinanzierungsgrad noch nicht 100% ist und dass wir auch weiterhin mit einer Verschuldung der Gemeinde rechnen müssen, ist keine grosse Überraschung in Anbetracht, dass wir die Pensionskasse ausfinanzieren und das neue Schulhaus stemmen müssen. Es ist sicher notwendig, dass wir auch weiterhin behutsam mit den Gemeindemitteln umgehen und den Sparauftrag immer vor Augen haben. Auf der anderen Seite meinen wir, dass es für allzu grosse Schwarzmalerei keinen Grund gibt. Wir dürfen jetzt nicht in Panik verfallen über die neue Verschuldung. Man kann darüber erstaunt sein, dass man die CHF 6'100'000 gefunden hat, welche man vorhin offenbar nicht gefunden hat. Es ist aber immer noch besser, als wenn man einen Schuldschein von CHF 6'100'000 gefunden hätte.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich wiederhole nicht meine Vorrednerinnen und Vorredner, diese haben bereits alles gesagt, was ich auch sagen wollte. Ich möchte noch danken für die grossartige Arbeit, die hinter jeder Zahl steckt. Die Ruhe, die eingekehrt ist bei der Abteilung Finanzen, merken wir auch in der Fireko. Danke für die tolle Zusammenarbeit.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Auch wir von der SVP-Fraktion haben die Rechnung angeschaut. Wir sind über die positive Rechnung erfreut und wir stimmen dieser zu. Andi Bammatter, wir sind mit der Gemeinde weit weg von einem KMU. Es ist gegen oben noch Potential offen, wenn man von KMU redet. Diese denken wirtschaftlich anders als eine Gemeinde. Aber die Gemeinde hat auch eine andere Aufgabe als ein KMU. Dieser Vergleich hinkt.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich habe vorhin etwas vergessen. Auch die CVP-Fraktion möchte allen Beteiligten den Dank überbringen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

0 Allgemeine Verwaltung

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe eine Bemerkung zu 0220.3030, temporäre Arbeitskräfte. Diese Position ist auf 0, Stichwort Volontäre, die wir nicht mehr haben?

Joseph Hammel, Hauptabteilungsleiter Finanzen - Steuern: Nein, das ist nicht für Volontäre gedacht. Im Hochbau hat man in einem gewissen Bereich geplant, temporäre Arbeitskräfte zuzuziehen. Dies war dann nicht der Fall, weil es nicht notwendig war.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Bei 0220.3132 ist ein Minus, Honorar Berater. Wie ist das möglich?

Joseph Hammel, Hauptabteilungsleiter Finanzen - Steuern: Das war eine Parteikostenrechnung, die wir im 2013 bezahlt haben. Dieses Geld ist dann zurückgekommen, weil wir Recht erhalten haben im 2014. Ich habe mit dem Kanton abgeklärt, wo wir das zeigen sollen, bei Rückerstattungen oder hier auf diesem Konto. Diese Rückerstattung war knapp CHF 14'000.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Verbund Regionaler Führungsstab war bei der Planung nicht drin. Ist das etwas Neues oder hängt dies mit der neuen Rechnungslegung zusammen?

Joseph Hammel, Hauptabteilungsleiter Finanzen - Steuern: Der Verbund Regionaler Führungsstab ist nichts Neues. Im Rahmen der Budgetierung wurde es nicht berücksichtigt. Im Rahmen der Erstellung haben wir festgestellt, dass es nicht dem Finanzhandbuch des Kantons entspricht und haben es ins 1623 genommen.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

2 Bildung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche

4 Gesundheit

5 Soziale Sicherheit

6 Verkehr

7 Umweltschutz und Raumordnung

7101 Wasserversorgung

7201 Abwasserbeseitigung

7301 Abfallbeseitigung

8 Volkswirtschaft

9 Finanzen und Steuern

Investitionsrechnung

0 Allgemeine Verwaltung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

2 Bildung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche

4 Gesundheit

5 Soziale Sicherheit

6 Verkehr

7 Umweltschutz und Raumordnung

Jürg Vogt, Präsident: Somit ist die Detailberatung abgeschlossen, wir kommen zum Antrag des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat zu beschliessen:

1. Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2014 wird genehmigt.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig genehmigt.

://:

Das Geschäft als Ganzes grossmehrheitlich ist abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 25.03.2015, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 18.05.2015, betreffend Geschäftsberichte 2014 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4221 / A

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es freut mich, dass ich mich zu dieser Gelegenheit mündlich zum Geschäftsbericht äussern darf. Den schriftlichen Bericht haben Sie zugestellt erhalten. Ich gehe davon aus, dass Sie diesen intensiv gelesen und studiert haben. Dabei haben Sie sicher festgestellt, dass der Gemeinderat mit der Verwaltung zusammen ein umfangreiches Aufgabenpaket erledigen durfte. Wir haben auch im Berichtsjahr 2014 zahlreiche Berichte an den Einwohnerrat verfasst, immer zusammen mit der Verwaltung. Wir haben verschiedene Interpellationen beantwortet und insgesamt 31 Vernehmlassungen zu den verschiedenen politischen Themen erstellt. Dies alles selbstverständlich neben dem Alltagsgeschäft, das es auch noch zu erledigen gilt. Daneben wurde auch in den Schulräten intensiv gearbeitet und selbstverständlich auch im Wahlbüro. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um allen, die an der Erledigung dieser Geschäfte beteiligt waren, ein grosses Dankeschön auszusprechen. Sie haben gesehen, dass die GPK die verschiedenen Geschäftsberichte intensiv geprüft hat und am Schluss noch Ergänzungsfragen an den Gemeinderat gerichtet hat. Die Ergänzungsfragen konnten an einer gemeinsamen Sitzung mit mir und Dieter Pfister beantwortet werden.

Aus dem Fazit der GPK konnte ich entnehmen, dass die zukünftigen Herausforderungen, die es sicher gibt, zu kurz gekommen sind. Das ist logisch, weil der Geschäftsbericht immer rückwirkend berichtet und nicht in die Zukunft schaut. Aber ich möchte diese Gelegenheit hier nutzen und Ihnen sagen, dass es selbstverständlich viele zukünftige Herausforderungen gibt, die sich der Gemeinderat stellen kann und wird. Die erste Herausforderung ist die Finanzlage, die müssen wir im Auge behalten. Dem Kanton geht es nicht gut, das wissen wir alle. Wir schauen hier, dass wir es im Griff haben. Das Ziel ist mittel- bis langfristig ein ausgeglichener Finanzhaushalt. Dass das Ziel im 2014 noch nicht ganz erreicht wurde, hat Franz Vogt ausgeführt. Wir arbeiten daran, dass wir dies erreichen. Der Gemeinderat alleine kann das nicht, wir brauchen die Mithilfe des Einwohnerrates und der Verwaltung. Ich bin überzeugt, dass alle die Zeichen der Zeit erkannt haben und wissen, was zu tun ist.

Ein weiteres Thema ist die Thematik Altersbetreuung, Pflegebetten und betreutes Wohnen. Ein komplexes Thema. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf die Interpellation von Andreas Bärtsch und die Erläuterungen von Arnold Julier verweisen. In diesem Bereich hat der Gemeinderat wichtige Entscheide fällen müssen. Es werden noch weitere Entscheide anstehen, wir werden uns den Fragen stellen und Antworten geben. Wir haben in diesem Bereich bereits mit verschiedenen Playern Kontakt. Wir sind immer wieder in intensivem Kontakt mit dem Alterszentrum. Wir stehen in intensivem Kontakt mit verschiedenen privaten Anbietern, wo auch die Tommi-Hopf-Stiftung und andere dazugehören. Es ist nicht ganz einfach, allen Beteiligten gerecht zu werden, das ist eine Tatsache. Es ist auch nicht ganz einfach, die Optik der Allgemeinheit nicht aus den Augen zu verlassen. Genau das fordert aber

die Politik vom Gemeinderat und vom Einwohnerrat. Dieser Aufgabe wird sich der Gemeinderat stellen, das kann ich Ihnen versichern. Ein weiteres Thema ist die Weiterbearbeitung des Workshops Zukunft Allschwil, vorher hiess es Verwaltungsreform. Wir arbeiten daran, damit wir Ende 2015 Ihnen Lösungsansätze präsentieren können. Von der Umsetzung dieser Lösungsansätze spreche ich noch nicht, das wird dann anfangs 2016 sein. Ich werde am Info-Fenster morgen ein paar Ausführungen zu diesem Thema machen. Ein anderes Thema ist das Gemeindeentwicklungskonzept. Das ist ein Postulat von Andreas Bammatter, das schon länger liegt. Ich kann Ihnen versichern, dass wir das angehen werden. Es wird im Rahmen des Themas Zukunft Allschwil angegangen und uns im 2016 beschäftigen. Ein weiteres grosses Thema ist die Finanzierung des Schulhauses Gartenhof. Die Idee des Gemeinderates, das wurde hier umfangreich debattiert und erläutert, ist der Verkauf von verschiedenen Grundstücken. Bettenacker, Schulhausareal und Sturzeneggerareal. Der Gemeinderat ist am Erarbeiten einer Immobilienstrategie. Er überlegt sich im Rahmen der Strategie, ob der Verkauf der drei Parzellen, immer bezogen auf jede einzelne Parzelle, der Weisheit letzter Schluss ist, oder ob es aus heutiger Optik bessere Lösungen gibt. Auch in diesem Bereich stehen wichtige Entscheide an. Wir müssen uns Gedanken dazu machen, welche Grundstücke wir für unsere Bedürfnisse in Zukunft brauchen, welche brauchen wir in den nächsten oder über die nächsten 50 Jahre hinaus. Dies sind Überlegungen, die zu Lösungen führen werden, Verkauf oder allenfalls Baurecht. Im 2015 ist das Schulhaus Gartenhof ein Thema, damit dies termingerecht fertiggestellt werden kann, und die Kosten, die wir ursprünglich als Ziel gesetzt haben. Das ist eine grosse Herausforderung, wir geben hier alles, damit wir es im Rahmen des Ziels erreichen. Die Arbeit wird uns auch im 2015 und in den nächsten Jahren nicht ausgehen. Oder anders gesagt, die Herausforderungen gehen uns nicht aus. Das ist aber auch richtig und so soll es sein. Ich bitte Sie den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

Philippe Hofmann, GPK-Vizepräsident: Ich gehe davon aus, dass Sie den Bericht alle gelesen haben und wissen, was drin steht, darum fasse ich mich kurz und gehe auf die letzten Abschnitte ein, die Feststellung und Beurteilung der GPK. Man kann sagen, dass die GPK festgestellt hat, dass die Geschäftsberichte bezüglich Aufbau, Gliederung, Lesbarkeit und Detaillierungsgrad eine gute Bestandesaufnahme der Tätigkeiten der Gemeinde ist. Wir schätzen das sehr, es ist ein gutes Instrument, mit dem man arbeiten und analysieren kann. Wir stellen wohlwollend fest, dass der Geschäftsbericht 2014 den Tendenzen gefolgt ist der letzten Jahre. Der Inhalt ist nüchterner und man kann damit gut und unklausuliert arbeiten. Unsere Fragen, die wir gestellt haben, wurden alle ausführlich beantwortet. Dafür ein grosser Dank an alle, die uns Auskunft gegeben haben. Nicole Nüssli hat vorhin gesagt, dass die GPK moniert hat, dass ein Zukunftsausblick fehlt. Genauso wie du das vorhin mündlich gesagt hast, hätten wir uns das in geraffter Form schriftlich gewünscht. Wir möchten dem Gemeinderat danken, der Gemeindeverwaltung, allen Schulräten, der Sozialhilfebehörde und dem Wahlbüro für die geleistete Arbeit, die im Berichtsjahr gemacht wurde. Ich möchte speziell auch den Mitgliedern der GPK danken für die Mithilfe zur Erstellung aller Berichte.

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Beratung.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Der vorliegende Geschäftsbericht wurde von der SP-Fraktion eingehend studiert. Wir stellen fest, dass die Vielfalt der Aufgaben ansprechend dargestellt wurden. Die über 65 Seiten zeigen, dass sich Allschwil in vieler Hinsicht mit der Gegenwart und der nahen Zukunft auseinandersetzt. Die SP-Fraktion wird sich in der Detailberatung zu einzelnen Themen einbringen. Wir danken dem Gemeinderat, den Schulräten, der Sozialhilfebehörde und dem Wahlbüro für die Dokumentationen, verbunden mit dem Dank an die Hauptabteilungsleitenden und ihre Mitarbeitenden, die täglich mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass wir hier so ein umfassendes Werk haben.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Wir haben sehr begrüsst, dass der Geschäftsbericht nüchterner verfasst wurde als früher. Ich spreche auch noch grad zum Bericht der GPK. Das ist vielleicht nur meine Meinung. Ich habe die Fragen ausgezeichnet gefunden, die die GPK zusammengestellt hat. Es wurde geschrieben, dass die Fragen ausführlich beantwortet wurden. Ich fand, dass die Antworten sehr umfangreich sind, aber ich habe immer noch auf die Antwort in der Antwort gewartet. Ich hatte den Eindruck, dass man an der Antwort vorbeiredet. Alles in allem steckt eine grosse Arbeit dahinter und wir bedanken uns dafür.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Nur eine kurze Anmerkung zum Stellenplan. Wir bedauern ausdrücklich, dass hier keine Vorjahreszahlen drin sind. Wir hoffen, dass mit Umsetzung unserer Motion ein Mehrjahresvergleich dargestellt werden kann.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

Gemeinderat Allschwil

Verwaltungsführung – Zentrale Dienste

Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion: Mir ist auf Seite 16 im zweitletzten Abschnitt etwas aufgefallen, was ich mit Schrecken wahrgenommen habe. Und zwar, dass die betriebliche Sozialarbeit bei der Gemeinde gestrichen wurde. Wurde das ersatzlos gestrichen oder gibt es Alternativmöglichkeiten?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Die betriebliche Sozialhilfe hatten wir und haben dies im Rahmen der generellen Leistungsüberprüfung gestrichen. Wir haben gesehen, dass es teilweise inhouse abgedeckt werden kann und die Nachfrage zum Teil nicht so gross ist.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

Finanzen – Steuern

Tiefbau – Umwelt

Simon Maurer, SP-Fraktion: Ich habe zwei kurze Fragen zu diesem Kapitel. Mich interessiert bei Freizeit und Sportanlagen, ob es bei der Sportanlage Brühl, welche wir jetzt massiv erweitert haben, noch freie Fläche hat für weitere Sportarten. Die zweite Frage betrifft das Thema öffentlicher Verkehr. Dort wird erwähnt, dass man die Endhaltestelle vom Bus 38 bei der Endschleife der Linie 8 machen möchte. Das ist bis jetzt noch nicht passiert. Was ist hier der Stand?

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich würde Sie gerne auf die morgige Fragestunde verweisen. Dort haben wir die Möglichkeit auf diese beiden Fragen einzugehen.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

Hochbau – Raumplanung

Nicolas Chappuis, SP-Fraktion: Ich nutze die Gelegenheit, um drei für die SP wichtige Punkte besonders hervorzuheben. Der Geschäftsbericht Hochbau – Raumplanung ist höchst erfreulich und zeigt, dass die meisten Projekt on time sind. Sehr erfreulich ist der Stand beim neuen Schulhaus Gartenhof. Begrüssenswert ist auch, dass die Pläne für Areal Wegmatten in der Gemeindeverwaltung aufliegen und so die Bevölkerung informiert werden kann. Wir von der SP wünschen uns, dass im Bereich Tiefbau mit dem Projekt Lindenplatz in den kommenden Berichten ähnliche Aussagen gemacht werden können.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

Einwohnerdienste – Sicherheit

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Kurz drei Bemerkungen oder Fragen, Stichwort Tageskarte. Im Text steht, dass diese vollständig verkauft sind. Es heisst, man könne das Kontingent nicht vergrössern. Ich frage mich, wo es klemmt?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Wo klemmts: Ganz einfach, die SBB vergibt an eine Gemeinde, egal wie gross sie ist, maximal 10 Stück. Kleinere Gemeinden erhalten teilweise weniger. Die Grenze, egal wie gross die Gemeinde ist, liegt bei 10 Stück. Das ist sehr schade, weil wir gerne das doppelte Quantum anbieten würden.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Stichwort Gemeindepolizei. Ich wurde mehrfach darauf angesprochen mit erstaunten Augen, und zwar wegen der Securitas. Kann man ganz kurz etwas zur Zusammenarbeit GePo, KaPo und Securitas sagen?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Jetzt sind wir in einer Fragestellung, welche nicht rückblickend bezüglich Geschäftsbericht 2014 ist, sondern ausblickend auf das aktuelle Jahr ist. Ich habe bisher nur Gutes gehört. Aber wenn ich eine fundiertere Antwort geben soll, dann schlage ich vor, dass wir diese Frage auf die Fragestunde von morgen zurückstellen. Gerne gehe ich morgen auf diese Frage ausführlich ein.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

Bildung - Erziehung - Kultur

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Die SP hat auch dies ausführlich studiert und hat festgestellt, dass im BEK zum Thema schulergänzende Tagesstruktur richtige Entscheide gefällt wurden. Sie entsprechen einem grossen Bedürfnis. Zitat: „Alle 44 Plätze im Doppeltageskindergarten sind belegt. Es wird zudem eine Warteliste geführt“.

Wir freuen uns sehr, dass der Übergang von der ersten in die zweite Generation, das Volljährigkeitsfest, vom Gesamtgemeinderat mit einer vollständigen Teilnahme gewürdigt wurde. Das finden wir super. Um das politische Verständnis zu wecken, ist es toll, wenn sich die Exekutive dort zeigt. Leider mussten wir nochmals feststellen, dass wir im Einwohnerrat gesamtheitlich kein Geld für die Frühförderung sprechen konnten, für Sprachlerngruppen, obwohl ein Drittel der eintretenden Kinder im Kindergarten betroffen ist. Das ist sehr schade und das steht auch so im Bericht. Ich sage auch noch etwas zu den Schulräten. In beiden Schulstufen ist Harmos und der Lehrplan ein grosses Thema. Die Primarstufe ist auf Kurs. Die Sekundarstufe hat aus SP-Sicht mit zahlreichen kantonalen politischen Interventionen, vielleicht sind es auch Störmanöver, unter der Federführung eines speziellen Allschwiler Sekundarlehrerquartetts abzuwarten. Zitat aus dem Bericht: „Wo und wie der Kanton Baselland eigene Wege gehen wird, wird uns noch nicht erklärt. Initiativen sind noch am Laufen“. Zudem, und das stört uns sehr fest, ist die Schulraumplanung höchst gefährdet. Dringende Sanierungsvorhaben wurden vom Kanton gekürzt oder sogar gestrichen. Das geht zulasten der Sicherheit, das darf nicht sein. Hier müssen wir schauen. Erfreulich sind unsere Aktivitäten der Musikschule. Mit zahlreichen Konzerten und öffentlichen Auftritten, das dürfen wir immer wieder prüfen, wenn wir in anderen Organisationen tätig sind, hat die Musikschule Allschwil im 2014 und 2015 Furore gemacht. Das finden wir ganz toll und danken dafür.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Nebst den interessanten Informationen aus der Schule und Bildung wäre es toll zu erfahren, wie viele Schüler nach der obligatorischen Schulzeit eine Berufslehre antreten oder in weiterführende Schulen gehen, und wie viele keine Lehrstelle finden oder ins Erwerbsleben eintreten. Das wäre eine relevante Information für diesen Bericht. Es wäre auch interessant zu erfahren, wie viele Schüler in Prozent Unterstützung brauchen für ihre Förderung und wie viele Schüler und Schülerinnen eine Kleinklasse besuchen. Es wäre toll, wenn dies hier auch abgebildet würde.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

Soziale Dienste – Gesundheit

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich bin immer sehr froh, dass alle Personen vom Gemeinderat Headlines über ihre Artikel schreiben. Bei Herr Pfaff steht: „Demokratie ist wie Homöopathie, man muss schon daran glauben, dass sie funktioniert“. Wenn ich nicht an die Politik glauben würde, wäre ich sicher nicht so lange hier drin. Ich möchte dem Gemeinderat und der Verwaltung danken, dass es so schnell ging mit meinem Postulat. Ich bin froh, wenn es abgeschrieben wird, das funktioniert bestens.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen.

1. Der Gemeinderat beantragt, die Geschäftsberichte 2014 zur Kenntnis zu nehmen.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. In diesem Zusammenhang beantragt der Gemeinderat, folgendes Geschäft abzuschreiben

- a) Geschäft 4210; Postulat, Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 04.11.2014
Erhalt der Fussgängerstreifen bei der Querung der Spitzwaldstrasse beim Lerchenweg, der Merkurstrasse und der Jupiterstrasse.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://:

Der Bericht der GPK wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 20.04.2015, betreffend
„hinsichtlich der Prüfung der Personalwechsel in der Gemeindeverwaltung“
Geschäftsvertretung: GPK-Vizepräsident Philippe Hofmann, Geschäft 4162 / A

Philippe Hofmann, GPK-Vizepräsident: Das Geschäft war eigentlich das Husarenstück 2014, das sieht man auch im folgenden Bericht 4236. Es ist das einzige Geschäft, das wir gross behandelt haben. Der Grund liegt auf der Hand, es war sehr intensiv. Der Bericht ist länger geworden und hat mit seinen 10 Seiten wahrscheinlich Ihre Geduld strapaziert. Ich möchte kurz durch den Bericht führen. Um was ging es eigentlich. Die Ausgangslage war folgendermassen: Das Geschäft 4162 war unsere Basis, die uns am 19. November durch den Einwohnerrat überreicht wurde. Es ging darum zu untersuchen, was mit den Kaderstellen in der Verwaltung passiert ist. Die GPK hat sich entschlossen, dass sie diese Untersuchung in zwei Phasen machen möchte. Einerseits retrospektiv und andererseits prospektiv. Für die Phase retrospektiv wollten wir ein Mittel herausfinden, mit dem wir schauen können, was in der Vergangenheit war. Wir haben uns dazu entschlossen den aktuellen HAL einen Fragebogen auszuhändigen. Wir haben einen Fragebogen definiert, das finden Sie auf Seite 2, den wir ausgehändigt haben. Zusätzlich haben wir die beiden Herren Pfister und Baumann an eine Sitzung von uns eingeladen, damit wir zusammen die Phase prospektiv diskutieren können. Ich bleibe jetzt noch bei der Phase retrospektiv. Wir haben die Fragen, die wir allen HAL zugestellt haben, in den meisten Fällen ausführlich beantwortet. Wir haben diese gesammelt und ausgewertet und hier drinnen abgebildet. Wir haben keine Antwort erhalten aus der Hauptabteilung Finanzen und Steuern und wir haben keine Antwort erhalten von der Verwaltungsführung Zentrale Dienste. Die Gründe dafür sind hier drin dargelegt. Aus der Finanzabteilung wurde die Antwort mit der geringen Dauer begründet, in der der Hauptabteilungsleiter da ist. Bei Verwaltungsführung und Zentrale Dienste konnten wir die

Antworten in der Phase prospektiv abdecken, dies ist somit auch nachvollziehbar. Die einzelnen Fragen und Antworten dazu finden Sie im Bericht bis circa Seite 7, dort ist alles klar dargestellt. Die Erkenntnisse, die die GPK aus den Antworten getroffen hat, sind frappant. Offizielle departementsübergreifende Strukturen, so wie wir das erwarten durften, haben wir keine vorgefunden. Jedes Departement hat eigene Strategien entwickelt und diese auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnitten. Möglichkeiten zur Personalentwicklung sind je nach Departement unterschiedlich. Das ist einerseits auf fehlende Strukturen zurückzuführen. Hier wäre der kreative Spielraum vorhanden, um eine positive Entwicklung einzuleiten, die nötig ist. Andererseits ist es auch klar, dass die einzelnen Departemente aufgrund ihrer unterschiedlichen Aufgabenstellung unterschiedliche Perspektiven haben. Die Fluktuation, die moniert wurde, als Grundlage für diesen Auftrag, betrifft nicht alle Departemente. Es gibt Departemente, die über Jahre hinaus einen sehr stabilen Bestand haben. In der Phase prospektiv hatten wir ein Gespräch mit Dieter Pfister und Jean-Claude Baumann. Sie haben uns breit erklärt, wie sie diese Situation angetroffen haben und was sie gerne vornehmen möchten, um die monierten Probleme zu verbessern. Die Ausführungen dazu finden Sie auf Seite 7, MAG auf Seite 8, Fort- und Weiterbildung und Rekrutierungsprozess auf Seite 9. Daraus zieht die GPK wiederum ihre Schlussfolgerung, diese sind auch auf Seite 9 zu finden. Interessant war die Selbstwahrnehmung, welche bezüglich Erreichungsgrad der Umsetzung der angestrebten Ziele von Dieter Pfister und Jean-Claude Baumann vorgenommen wurde. Wir haben sie gebeten uns eine Zahl zu nennen auf einer Skala von 1 – 10. Diese lag bei 5 und bei 3 relativ tief. Dies zeigt, dass die GPK nicht falsch gelegen ist, wenn sie gewisse Sachen moniert hat. Es zeigt aber auch, dass das Problembewusstsein von den Herren Pfister und Baumann durchaus da ist. Man hat gesehen, dass es Handlungsspielraum gibt und dass man etwas daraus machen kann. Wie man dies genau umsetzen kann, dafür gibt es Pläne und Ziele. Dass dies nicht von heute auf morgen passieren kann, liegt auf der Hand. Wir haben uns darum dafür entschieden, dass die Leitung Zentrale Dienste sich in drei Jahren im Rahmen einer Zwischenbeurteilung äussert bzw. in fünf Jahren eine abschliessende Berichterstattung an die GPK macht zu erreichten und verpassten Zielen. Der GPK ist es sehr wichtig, dass wir so langfristige Projekte nicht aus den Augen verlieren. Der Zeitraum von drei bis fünf Jahren korreliert mit den Aussagen der Herren Pfister und Baumann, so lange braucht es, um eine solche Reform umzusetzen. Andererseits ist es bewusst auch über eine Legislatur gemacht, weil durch Fluktuationen im Rat die Gefahr gross ist, dass so wichtige Sachen aus den Augen verloren werden, wenn sie an Personen gebunden sind. Ich möchte allen danken, die uns Auskunft gegeben haben, allen Hauptabteilungsleitern und Dieter Pfister und Jean-Claude Baumann speziell für die intensive Zeit für die Phase prospektiv. An dieser Stelle möchte ich auch allen Mitgliedern in der GPK danken, die mich tatkräftig unterstützt haben.

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit beraten wir das Geschäft als Ganzes.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir danken der GPK, dass Sie das im Einwohnerrat wiederholt angesprochene Thema und überwiesene Geschäft Personalfuktuation und Neurekrutierung aufgenommen hat. Die SP liest im Bericht, dass die GPK bezüglich Personalrekturierung grundsätzlich festgestellt hat, dass in den einzelnen Departementen ein Rekrutierungsprozess besteht. Dieser wird nach Aussage der einzelnen Hauptabteilungsleiter unterschiedlich ausformuliert und umgesetzt. Bei der Anstellung ist jeweils Jean-Claude Baumann und Gemeindeverwalter Dieter Pfister involviert. Die im Bericht festgestellten Aussagen weisen auf ein breit gefächertes Rollenverständnis der einzelnen Betroffenen hin. Wir regen darum an, dass bei der Rekrutierungsprozess in der ganzen Verwaltung eindeutig und klar definierte Rollen und deren Kompetenzen festgelegt werden. Das ist die Dienststelle, die den fachlichen Bedarf festlegt, die Bewerbenden prüft und anstellt und aktiv im Prozess vom Personalwesen unterstützt wird. Wir bitten die GPK, Mitte der nächsten Legislatur nochmals darauf zurückzukommen. Wir danken für den konstruktiven Beitrag für eine qualitative und operative Verbesserung bei der Personalrekturierung in der Verwaltung. Auch wir danken allen Involvierten, die hier einen Beitrag geleistet haben.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich danke nochmals der GPK, wie sie unter erschwerten Umständen diese Arbeit gemacht hat. Es ist eine äusserst sorgfältige Arbeit, sehr tolle Fragen wurden gestellt, zum Teil unter sehr grossem Zeitaufwand. Wir profitieren davon, dass die GPK den Finger darauf hebt, dass es einen Zwischenbericht gibt. Wir sind gespannt, was weiter läuft, vielen Dank für alles.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Auch die FDP bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Wir sind froh, dass das Thema angegangen wurde. Es wurden bereits Verbesserungen erzielt. Auch uns hat es erstaunt, dass beim Rekrutieren kein einheitlicher klarer Prozess da ist. Dies wurde jetzt bereits angegangen. Wir möchten uns noch zum Punkt Mitarbeitergespräche äussern. Es ist schön, dass man es im System eingeführt hat, dass es diese regelmässig gibt, damit der Mitarbeiter die Unterlagen findet und sich vorbereiten kann. Wenn die Vorbereitung für das MAG vier Stunden dauern soll, dann schlägt das Pendel zu sehr auf die andere Seite um. Ein guter Vorgesetzter weiss mit der Zeit, was für welchen Mitarbeiter in Frage kommt und was mit welchem Mitarbeiter er vorbereiten und angehen kann. Wenn jeder einzelne Mitarbeiter vier Stunden für ein Mitarbeitergespräch braucht, inklusive Vorbereitung, dann ist es auf die andere Seite übertrieben.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion findet den Bericht sehr gut und ausführlich. Wir danken der GPK dafür. Unsere Vermutungen, die wir hatten, bestätigen sich. Es gab ein strukturell grosses Defizit. Wir meinen, dass wir mit Herrn Baumann eine sehr geeignete Person haben, der die Sache nun aufarbeitet.

Jürg Vogt, Präsident: Ist die Detailberatung erwünscht? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zum Antrag der GPK.

Gestützt auf diese Ausführungen stellt die GPK den Antrag:

1. Der Bericht an den Einwohnerrat hinsichtlich der Prüfung der Personalwechsel in der Gemeindeverwaltung wird zur Kenntnis genommen.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes ist grossmehrheitlich abgeschlossen.

Ich muss mich noch korrigieren zuhanden des Protokolls. Ich habe eingangs erwähnt, dass die Interpellation überwiesen wurde. Das stimmt natürlich nicht, diese ist eingegangen.

PAUSE

Jürg Vogt, Präsident: Wir möchten heute gerne noch arbeiten, morgen haben wir anderes auf dem Programm. Wir haben viele Gäste im Publikum. Wie mir zugetragen wurde, warten alle auf Traktandum 6. Ich hoffe, Sie sind mit mir einverstanden, dass wir heute bis und mit Traktandum 6 behandeln.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 20.04.2015,
betreffend Rechenschaftsbericht 2014

Geschäftsvertretung: GPK-Vizepräsident Philippe Hofmann, Geschäft 4236

Philippe Hofmann, GPK-Vizepräsident: Der Rechenschaftsbericht beinhaltet eigentlich nur in einer gestrafften Form, was bereits vor der Pause ausführlich erläutert wurde in ausführlicher Form. Es zeigt auf, dass wir nur das eine Geschäft, Personalwechsel in der Gemeindeverwaltung, untersucht haben. Es war ein sehr zeitaufwändiges Geschäft. Es dauerte lange, um die ganze Sache zu evaluieren, deswegen haben wir uns darauf beschränkt. Es wurden sonst keine Aufträge an die GPK gestellt im

2014. Somit verbleibt mir nur einen Dank auszusprechen, nämlich den Dank an den Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung für die geleistete Arbeit im Berichtsjahr. Noch eine letzte Bemerkung zur GPK. Wir sind wieder vollständig, Neuwahlen haben stattgefunden. Wir sind wieder bereit für neue Aufgaben und haben diese bereits teilweise definiert. Wir werden auch 2015 wieder voll an die Säcke gehen und Sie werden in einem Jahr wieder von uns hören, was wir gemacht haben.

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, wir kommen somit zur Beratung als Ganzes. Es gibt keine Wortbegehren. Verzichtet der Rat auch auf abschnittsweise Beratung? Das ist gut, somit kommen wir zur Abstimmung.

Der Prüfungsbericht „Personalwechsel in der Gemeindeverwaltung“ wird zur Kenntnis genommen.

://:
Dieser Antrag wird angenommen.

Der Rechenschaftsbericht der GPK wird zur Kenntnis genommen.

://:
Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

://:
Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 27.05.2015, zum Postulat der GLP/BDP-Fraktion, vom 22.01.2014, betreffend Transparenz bei den Vergütungen und Nebeneinkünfte des Gemeinderates, sowie zum Postulat der SP-Fraktion, vom 22.01.2014, betreffend Honorar-Affäre BL:
Was ist auf Gemeindeebene nötig?
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4177 und 4178 / A

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Sie haben die Antworten des Gemeinderates auf die beiden Postulate gelesen. Es ist jedem und jeder klar, dass es in Allschwil keine Honoraraffäre gibt, so wie das in Liestal im Regierungsrat diskutiert wurde. Weder hinsichtlich der Entschädigungen der Mitglieder des Gemeinderates noch hinsichtlich der Entschädigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Verwaltung. Es ist alles klar geregelt und es wurde immer gemäss den gesetzlichen Grundlagen entschädigt. Die Entschädigung der Behörden ist in zwei gesetzlichen Werken geregelt. Einerseits im Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen vom 24. Mai 2000, andererseits ist es in der dazu gehörenden Verordnung geregelt. Die Systematik der Entschädigung des Gemeinderates ist eine einfache. Jeder Gemeinderat erhält für seine Tätigkeit als Gemeinderat ein Fixum und zusätzlich ein Sitzungsgeld für die Gemeinderatssitzungen. Ausserordentliche Inanspruchnahmen im Rahmen der gemeinderätlichen Tätigkeit werden nicht mehr zusätzlich entschädigt. Das haben wir 2008, wo wir diese Verordnung angepasst haben, geregelt. Wenn ein Gemeinderat zusätzlich in einer Institution, einer Stiftung, einer Behörde oder einem weiteren Gremium Einsitz nimmt und eine zusätzliche Aufgabe wahrnimmt, dann wird der Gemeinderat auch zusätzlich entschädigt. Die Entschädigung wird entsprechend dieser Institution dann geregelt. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Entschädigung des Gemeinderates und die Systematik sachgerecht sind. Das Amt des Gemeinderates ist ein Nebenamt und es liegt kein Anstellungsverhältnis vor. Der Zusammenstellung der zusätzlichen Aufgaben von jedem einzelnen Gemeinderat und von einem Teil der Verwaltung konnten Sie entnehmen, dass teilweise keine Entschädigung für ein zusätzliches Engagement bezahlt wird. Mehrheitlich wird ein Sitzungsgeld gemäss unseren Regeln bezahlt, und nur vereinzelt ein pauschaler Betrag oder nochmals ein Fixum. Auch hier sieht der Gemeinderat keinen zusätzlichen Regelungsbedarf. Gegenüber dem sieht der Gemeinderat einen Bedarf nach einer gesetzlichen Verankerung der Entschädigungen der Gemeindemitarbeitenden, wenn sie in einer kommunalen Institution Einsitz

nehmen. Es gibt dazu eine gelebte Praxis, aber es wäre sicher richtig, wenn wir das gesetzlich verankern würden. Ich bitte Sie, beide Postulate abzuschreiben.

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Beratung als Ganzes.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Bei den Antworten aufs kommunale Postulat zur Honoraraffäre zeigt der Gemeinderat auf, wo und wie er sich beteiligt mit welchen Vergütungen. In der Rechnung ist eine Liste mit Beteiligungen abgebildet, Seite 86 und Seite 87. Ebenso hat der Gemeinderat in der Beantwortung von beiden Vorstössen die Vergütungen einzeln aufgelistet und den einzelnen Gemeinderäten zugeordnet. Somit stellen wir fest, dass sich der Gemeinderat zur Transparenz bekennt. Wir wissen um das kantonale Thema Honoraraffäre und wie es jetzt auf kommunaler Ebene angemessen gewürdigt wurde, dafür danken wir. Die Offenlegung von den einzelnen Bezügen auf Franken und Rappen genau von Gemeinderat und Einwohnerrat erscheint uns unverhältnismässig und soll darum bei Bedarf allenfalls durch die Prüfungskommissionen, Fireko oder GPK, geprüft werden. Dafür haben wir diese Prüfungskommissionen. Zudem finden wir im Reglement über Entschädigungen, Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen der Gemeinde Allschwil vom 24. Mai 2000 zahlreiche weitere ergänzende Details, welche dem Bedürfnis nach Transparenz Rechnung tragen.

Erlauben Sie uns ein paar ergänzende Feststellungen im Vergleich zu den sogenannten Benchmark-Gemeinden. Das Fixum für das Sozialhilfepräsidium beträgt in Allschwil, Pratteln und Birsfelden CHF 12'000. Einzig Allschwil ist meines Wissens die einzige Gemeinde im Kanton, wo der Gemeinderat gleichzeitig Präsident ist. Es ist bemerkenswert, dass die Vergütungen für Gemeinderäte in Benchmark-Gemeinden sehr unterschiedlich ausfallen. Ich habe Allschwil, Riehen und Reinach verglichen. Bei Riehen konnte man letzte Woche lesen, dass sie eine Pauschale haben von CHF 55'000 und kein Sitzungsgeld. Sie können sich das selber hier anschauen. Zusammenfassend kann ich sagen, dass die Verwaltung und der Gemeinderat hinreichend zu den Honorarbezügen Auskunft gegeben haben. Handlungsbedarf gibt es allenfalls in der Höhe der Vergütungen, im Vergleich zu den Benchmarkgemeinden, und würde die Arbeit des Gemeinderates würdigen. Diese Entschädigungen sind deutlich höher als bei uns in Allschwil. Die SP dankt für die Beantwortung der beiden Postulate und wird beide abschreiben.

Roland Naef, fraktionslos: Ich finde die Zusammenstellung auch gut, damit man sieht, wer wo vertreten ist. Wenn man so eine Zusammenstellung macht, dann fehlt mir ein Preisschild dahinter. Wenn einfach steht Sitzungsgelder, dann würde mich interessieren, wie viele Stunden es sind etc. und was das ausmacht. Der Vergleich mit Riehen stimmt nicht ganz. Der Gemeinderat Riehen hat noch ein paar andere Aufgaben als der Allschwiler Gemeinderat. Das darf ich als Riehener sagen.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Wir sind froh darüber, dass der Gemeinderat Transparenz geschaffen hat, welche Mandate vorhanden sind und wie diese grundsätzlich entschädigt werden. Es ist nichts zum Vorschein gekommen an Missständen oder an anderen Sachverhalten, wo man offensichtlich weiter gehen müsste. Das ist erfreulich. Trotzdem sind wir nicht ganz befriedigt. Wir, und auch das Postulat der SP, welche jetzt offenbar nichts mehr davon wissen möchten, hätten gerne das Total an Vergütungen pro Person gesehen. Das ist nicht erfüllt, aber das können wir mit der Revision des Entschädigungsreglements wieder aufnehmen. Wir sind dafür, dass die beiden Postulate abgeschrieben werden.

Jürg Vogt, Präsident: Ist eine abschnittsweise Beratung erwünscht? Herr Winter, gut, dann machen wir das.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Wenn ich der einzige bin, dann kann ich grad sagen, was ich möchte. Mir ist auf Seite 4 beim letzten Abschnitt ein Wort quer im Hals gelandet. Das Wort "einmalig". Es steht da: „Der Gemeinderat ist gerne bereit diesen einmalig dem Einwohnerrat...“. Es geht um die drei Seiten, wo die diversen Aufgaben, die der Gemeinderat und Leute der Verwaltung machen, stehen. In einem Jahr ist hier drin ein neuer Einwohnerrat, erfahrungsgemäss ein Drittel bis zu einem Viertel neue Personen. Auch der Gemeinderat kann sich ändern. Jede Wahl ergab hier drin

Veränderungen. Jeder Einwohnerrat sollte am Anfang seiner Amtszeit darüber informiert werden, welche Personen sich wo für die Gemeinde wie einsetzen. Ich möchte beliebt machen, dass man dies jedes Mal bei einer Amtsperiode dem Parlament mitteilt, wer wo engagiert ist. Ich werde sicher nicht vergessen, dies zu delegieren, damit es angefordert wird.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich spreche jetzt für mich. Wir haben das im Gemeinderat diskutiert und auch unter Mithilfe der Verwaltung. Dort stand der Aspekt im Vordergrund mit der Frage Honorar Ja oder Nein. Aus dieser Optik wollten wir das einmalig bereitstellen und aufzeigen. Wir möchten das aber nicht jedes Jahr wieder erstellen. Wenn die Optik ist, dass dies eine Information für die zukünftigen Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen sein soll, wer sich wo engagiert, dann können wir dies nochmals überdenken und diskutieren. Ich nehme das so mit.

Jürg Vogt, Präsident: Die abschnittsweise Beratung ist damit abgeschlossen. Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates ab.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat Nummer 4177 wird als erledigt abgeschrieben.

://

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Das Postulat Nummer 4178 wird als erledigt abgeschrieben.

://

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://

Das Geschäft als Ganzes ist grossmehrheitlich abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Interpellation von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 14.05.2015,
betreffend Aktuelle Entwicklung im Alterskonzept der Gemeinde Allschwil –
Sind wir auf dem richtigen Weg
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4239

Arnold Julier, Gemeinderat: Die Gemeindepräsidentin hat es bereits beim Geschäftsbericht gesagt, dass es ein sehr schwieriges Thema ist. Ich würde sagen, dass es auch ein sehr emotionales Thema war und immer noch ist. Es war ein intensives Thema im Gemeinderat. Herr Bärtsch hat sechs Fragen gestellt, welche wir versuchen zu beantworten. Die Fragen haben Sie vor sich, ich lese Sie aber trotzdem.

Frage 1: Wie viele Wohnungen in der Überbauung Langmatten II erfüllen die Bedingungen des betreuten Wohnens mit Mietzinsen im Bereich der EL Mietzinsgrenzwerte?

Im Quartierplan-Vertrag sind von den 261 Wohnungen 36 für betreutes Wohnen im Quartierplan-Vertrag Langmatten II vorgesehen. Aktuell werden 34 Wohnungen für betreutes Wohnen angeboten. Drei 1,5-Zimmerwohnungen und drei 2,5-Zimmerwohnungen liegen im Bereich der aktuellen EL-Mietzinsgrenzwerte. Der Mietzins der übrigen 28 Wohnungen liegt über diesem Grenzwert. Im Hinblick auf die zukünftigen EL-Mietzinsgrenzwerte sind die drei 1,5-Zimmerwohnungen und alle 21 2,5-Zimmerwohnungen, also total 24, im EL-Bereich. Die zehn 3,5-Zimmerwohnungen sind auch bei der Anwendung des zukünftigen Grenzwerts ausserhalb dieses Bereichs.

Frage 1b: Erachtet der Gemeinderat die Anzahl der Überbauungsgrösse als ausreichend? Wenn die 36 Wohnungen, wie im Quartierplanvertrag vorgesehen sind, realisiert werden, erachtet der Gemeinderat diese Anzahl als ausreichend. Das hat er mit der Unterstützung des Quartierplan-Vertrags, der vom Einwohnerrat genehmigt wurde, festgelegt. Wenn nur sechs respektive 24

Wohnungen im Bereich der EL-Grenzwerte realisiert werden, erachtet der Gemeinderat die Anzahl als nicht ausreichend und dann wird er bei den Projektverantwortlichen entsprechend intervenieren.

Frage 2: Wie stellt sich der Gemeinderat zur Aussage, dass im Projekt Winzerpark vorgesehen ist, Ertrag aus den Mieten der Wohnungen in Form von Quersubventionen Mietern zur Verfügung zu stellen, die weniger solvent sind? Der Gemeinderat hat dies abgelehnt und entsprechend informiert. Bei der Umsetzung des Alterskonzepts ist für den Gemeinderat dringend notwendig, dass Wohnungen im EL-Mietzinsbereich zur Verfügung stehen und im Quartierplan-Vertrag verbindlich definiert werden. Die Erfahrungen mit Langmatten II hat gezeigt, dass der EL-Mietwert im Quartierplan klarer festgelegt werden muss, um dieses Ziel zu erreichen. Deshalb soll dies beim Winzerpark und bei weiteren Überbauungen mit betreutem Wohnen im Quartierplan festgelegt werden.

Frage: Entspricht dieses Konzept nicht auch dem EL-Gedanken? Nein, das entspricht nicht dem EL-Gedanken. EL-Bezüger haben einen sozialversicherungsrechtlichen Anspruch auf Ergänzungsleistungen und müssen Mietzinsentlastungen nicht privat beantragen respektive genehmigen lassen. Die Erfahrungen zeigen, dass die Bedingungen von betreutem Wohnen mit EL-Mietwerten umgangen werden können, wenn dies nicht verbindlich im Quartierplan definiert ist.

Frage 3: Waren die finanziellen Vorgaben des Gemeinderates der Stiftung AZB bekannt? Über die finanziellen Konsequenzen des Projekts Memoria ist der Gemeinderat bei der Präsentation des Projekts am 2.7.14 informiert worden. Bei den Berechnungen hat das AZB einen Tax-Anstieg von CHF 21.22 berechnet. Der Synergiegewinn wurde auf CHF 8.37 berechnet und dieser kann selbstverständlich abgezogen werden, sodass der Tax-Anstieg CHF 12.98 gewesen wäre. Die Realisierung des Projekts hätte für die Gemeinde grosse finanzielle Auswirkungen. Mit Schreiben vom 21.07.2014 hat der Gemeinderat den Stiftungsrat und das AZB informiert, dass er die Tax-Erhöhungen nicht bewilligen kann.

Frage: Kann der Gemeinderat diese Vorgaben genauer spezifizieren? Die Stiftung AZB hat mit dem Budget 2015 eine jährliche Erhöhung der Hotellerie-Steuern von je CHF 4.50 während den nächsten fünf Jahren beantragt. Damit würden die Hotellerie-Steuern von CHF 159 im Jahr 2014 bis ins Jahr 2019 auf CHF 181.50 ansteigen. Zudem ist für das Jahr 2015 eine Erhöhung der Betreuungskosten von CHF 1.50 beantragt. Der Gemeinderat hat eine einmalige Erhöhung der Steuern 2015 um CHF 4.50 Hotellerie und CHF 1.50 Betreuung genehmigt, jedoch mit der Auflage, dass bis 2019 keine weiteren Taxaufschläge erfolgen dürfen. Das würde letztendlich bedeuten, dass die Hotellerie-Steuern von heute CHF 163.50 plus neu die CHF 12.90 auf CHF 176.40 ansteigen. Dazu kommen die Betreuungs- und Pflegekosten. Aufgrund dessen hat der Gemeinderat die Tax-Erhöhung in dieser Grössenordnung für Memoria nicht bewilligt, auch aufgrund der zukünftigen Finanzierung der EL.

Frage 4: Wie viele Dossiers hat die Abklärungsstelle zur Reduktion der Warteliste behandelt? Im Jahr 2014 waren es 57 und im 2015 33 Dossiers die überprüft wurden, also insgesamt 90.

Frage: Wie viele Betagte wurden aufgrund der Abklärungen dem AZB zugewiesen? Mit dem seit 01.01.2014 eingeführten Anmeldeverfahren "ambulant vor stationär" sind nach Vorabklärungen im 2014 74 und im 2015 29 Personen ins AZB eingetreten.

Frage: Wie viele Betagte konnten anderen Institutionen zugewiesen werden? Stand Ende März 2015 sind ab Pflegestufe 4 43 Personen in einem Heim im Kanton Baselland und 9 Personen in anderen Kantonen. Das sind Leute, die bereits länger in solchen Altersheimen sind. Das heisst, nicht, dass sie 2014 in die anderen Pflegeheime gekommen sind. Alle Personen, die nicht auf der dringlichen Warteliste sind oder ins AZB eintreten, werden von der Spitex Allschwil Binningen Schönenbuch ambulant betreut und gepflegt.

Frage: Um wie viele Personen wurde die Warteliste durch die Abklärungsstelle reduziert? Im Jahr 2014 wurde die Warteliste von 121 auf 88 Personen reduziert. Die Warteliste wurde in der Zwischenzeit vom AZB bearbeitet und bereinigt. Aufgrund der Vorabklärungen und der hohen Sterblichkeitsrate im 2014 sowie der Bereinigung der Liste hat sich die Warteliste auf 13 Personen reduziert, Stand 31. Mai 2015.

Frage 5: Gemäss demografischer Studien werden in naher Zukunft mehr Pflegebetten benötigt. Wie gedenkt die Gemeinde kurzfristig diesem Unterangebot zu begegnen? Kurzfristig kann bei einer allfälligen Unterversorgung mit Kooperationen mit anderen Gemeinden respektive deren Alters- und Pflegeeinrichtungen wirkungsvoll begegnet werden, wie zum Beispiel mit der Adullam-Stiftung. Zurzeit besteht in der Region eine Überkapazität von Pflegebetten. Der Trend ist auch mit anderen Gemeinden zusammenzuarbeiten. Es gibt die Plattform Leimental, da gibt es auch eine Arbeitsgruppe Alter, wo Zusammenarbeitsmöglichkeiten diskutiert und geprüft werden. Ebenso gibt es KESB, Väter/Mütter-Beratung Leimental, und dann kommt noch das Gemeindestrukturengesetz, welches die Zusammenarbeit fördert, dazu gehört auch die Altersversorgung.

Frage: Wie gedenkt die Gemeinde dem allfälligen Unterangebot mittelfristig zu begegnen und gibt es ein langfristiges Konzept zur Entwicklung des Pflegebettenbedarfs? Eine mittel- und langfristige Bedarfszunahme von Pflegebetten ist dem Gemeinderat bekannt und im Alterskonzept ist die Entwicklung des Bettenbedarfs abgebildet. Der Gemeinderat prüft vertieft die effektiv zu erwartenden

Zunahmen und forciert unverändert Massnahmen gemäss dem Konzept ambulant vor stationär im Bereiche Wohnen, Alltagsbewältigung, Betreuung und Pflege.

Frage 6: Wie stellt sich der Gemeinderat zum Sachverhalt, dass der Kanton eine Gesetzesänderung für die Finanzierung von Pflegebetten prüft, aufgrund der Finanzlage kaum an der aktuellen Subventionspraxis festhalten wird, und damit die Subvention von CHF 26'000'000 für die geplanten Betten gestrichen werden? Es trifft zu, dass vorgesehen ist, die Subventionspraxis zur Finanzierung der Pflegebetten im Kanton Baselland zu ändern. Aktuelle Praxis des Kantons ist, dass der Ausbau von stationären Pflegebetten mit einem einmaligen Beitrag von CHF 200'000 für normale Pflegebetten und CHF 220'000 für Demenzbetten mitfinanziert wird. In anderen Kantonen wird dieses System schon nicht mehr angewendet. Bei einer neuen Subventionspraxis wird voraussichtlich der Bedarf und die Kostensteuerung stärker berücksichtigt werden. Gemäss Auskunft der Abteilung Alter und Gesundheit des VGD trifft es nicht zu, dass die Subventionen für die 120 Betten für Allschwil gestrichen sind oder gestrichen werden. Es ist nur die Frist abgelaufen, die Beträge in diesem Jahr geltend zu machen.

Frage: Wie stellt der Gemeinderat in Zukunft die Finanzierung der Pflegebetten sicher? Die Paragraphen 17 bis 23, wo die Finanzierung abgehandelt wird im Gesetz für Betreuung und Pflege im Alter, sind unverändert gültig. Die Resultate aus der Überarbeitung des Gesetzes und allfällige Konsequenzen für die Gemeinden kennen wir im Moment nicht. Die Gesetzesrevision ist frühestens auf 01.01.2017 geplant. Zudem wird mit einer Übergangsfrist von mindestens drei bis fünf Jahren gerechnet.

Zusammenfassend hat der Gemeinderat dieses Projekt Memoria mit dem Neubau der Pflegebetten und den vorgesehenen Anpassungen und Sanierungen nicht unterstützt, weil der Gemeinderat das Ganze als zu teuer einstuft. Die dadurch verursachte Tarifierhöhung, wie bereits bei Frage 3a ausgeführt, ist für den Gemeinderat nicht akzeptabel. Er ist aber der Ansicht, dass die Auflösung der Alterswohnungen im Widerspruch zum Stiftungszweck steht. Der Vergleich zwischen dem Projekt Memoria und dem Neubau im Kanton Basel-Stadt hat gezeigt, dass die Erstellungskosten pro Bett wesentlich tiefer sind als jene des Projekts Memoria. Aus diesen Gründen hat der Gemeinderat das Projekt nicht unterstützt. Ich hoffe, der Gemeinderat hat die Fragen beantwortet.

Jürg Vogt, Präsident: Ist der Interpellant mit dieser Antwort zufrieden?

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat herzlich für die umfassende Information. Wie abgemacht an der letzten Sitzung erhalten wir Informationen auch in schriftlicher Form. Oder ist das nicht vorgesehen? Das haben wir das letzte Mal abgemacht, als wir die Dringlichkeit zurückgezogen haben.

Jürg Vogt, Präsident: Die Beantwortung steht jetzt im Protokoll, diese Diskussion erübrigt sich im Moment.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich möchte zu Frage 3 dies nochmals ausdrücklich wissen. Es wurde sehr ausführlich und technisch beantwortet, es waren viele Zahlen. Aber die Frage wurde nicht beantwortet. Sie ist einfach mit ja oder nein zu beantworten. Waren aus Sicht des Gemeinderates die finanziellen Vorgaben der Stiftung AZB bekannt?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Das Thema der Finanzierung des Erweiterungsbaus der Pflegebetten und der Sanierung der Alterssiedlung des Projekts Memoria war von Anfang an ein Thema. Ich muss nochmals etwas ausholen, was das Projekt Memoria überhaupt umfasst. Es wäre um einen Erweiterungsbaus des AZB um 90 Pflegebetten und um die Sanierung der Alterssiedlung gegangen. Die Alterssiedlung besteht aus drei Gebäudekomplexen, 127, 129 und 131. Anfänglich hiess es, dass das 127 abgerissen wird und ein Neubau für Pflegebetten an dieser Stelle erstellt wird. 129 und 131 werden saniert, hiess es anfänglich. Nachher wurde seitens des AZB das Projekt geändert und man hat gesagt, dass man die beiden abreisst und einen Neubau erstellt und dort 50 betreute Wohnungen erstellen soll. Am Schluss wurde das Projekt nochmals geändert und man hat uns erklärt, dass man aus Kostengründen auf die Erstellung der 50 betreuten Wohnungen gänzlich verzichten möchte.

Zu deiner Frage, ob die finanzielle Vorgabe klar war. Die finanzielle Thematik war von Anfang an ein Thema beim Projekt Memoria. Das wurde in verschiedensten Gremien diskutiert. Der Inhalt ist dem

Stiftungsrat bestens bekannt. Es wurde einerseits im Gemeinderat diskutiert und andererseits im Stiftungsrat und in der Alterskommission. Die Alterskommission ist eine beratende Kommission des Gemeinderates. In dieser Alterskommission hat André Knubel, Präsident des Stiftungsrates, Einsitz. Es wurde auch mehrfach an Sitzungen diskutiert, wo ich oder der Gemeindeverwalter dabei waren, von Seiten AZB Sandro Zamengo, teilweise war auch der Finanzchef Martin Getzmann dabei, und André Knubel war als Stiftungsratspräsident dabei. Unter anderem hat die Alterskommission bereits im Dezember 2013 entschieden, dass das Projekt Memoria überarbeitet werden muss und dass geprüft werden soll, ob infolge der Anpassung des Wohnungsmix mit kleineren Wohnungen entsprechende Kostenreduktionen möglich sind. Mit diesem Auftrag ist André Knubel, Präsident des AZB und Mitglied der Alterskommission, an die Baukommission des AZB herangetreten und hat dies thematisiert. Damit ist diese Frage ausführlich beantwortet.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Darf ich kurz dazu Stellung nehmen? Für mich ist das eine Historia und keine Beantwortung der Frage, aber wir müssen dies hier nicht weiter breitschlagen. Bei Frage 5 ist die dritte Frage nicht beantwortet worden. Ich nehme an, dass es bei b beantwortet wurde. In diesem Sinne sind die Fragen beantwortet in sehr gedrängter Ausführung von Gemeinderat Julier. Ich werde sie im Protokoll nachlesen, damit man sie abschliessend versteht und weiter verwenden kann.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion, vom 09.09.2014,
betreffend Bewirtschaftung gemeindeeigener Grundstücke
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4204

Franz Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat nimmt zu diesem Postulat wie folgt Stellung. Bei Immobilien Basel-Stadt handelt es sich um eine Dienststelle des Finanzdepartements Basel-Stadt und nicht um eine eigenständige Gesellschaft wie in der Begründung zum Postulat dargelegt wird. Die Hauptabteilung Finanzen hat die Anfrage der Postulanten deshalb in zwei separate Fragestellungen aufgeteilt. Die Gründung einer eigenen Gesellschaft und die Bewirtschaftung von gemeindeeigenen Grundstücken als Dienststelle.

Die Gründung einer eigenständigen Gesellschaft mag in der Privatwirtschaft in gewissen Fällen Sinn machen, für eine öffentlich-rechtliche Körperschaft aus folgenden Gründen jedoch nicht. Die Gemeinde Allschwil ist als öffentlich-rechtliche Körperschaft steuerbefreit, somit gibt es hier kein Verbesserungspotential. Für eine private Firma kann es zum Beispiel aus Finanzierungsgründen sinnvoll sein, Schulden und Vermögenswerte in eine Tochtergesellschaft auszulagern. Bei einer Gemeinde würde dies höchstens zu Intransparenz für den Bilanzleser führen. Gewisse Gesellschaften möchten durch die Immobiliengesellschaft eine rechtliche Trennung von betriebsnotwendigem Vermögen und nicht betriebsnotwendigem Vermögen erreichen. Das ist mit HRM2 bereits mit der Trennung zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen gegeben. Zu den üblichen Vorteilen einer Immobiliengesellschaft, die für die Gemeinde Allschwil nicht zutreffen, kommen noch folgende Nachteile dazu. Für eine Gesellschaft fallen Gründungs- und Unterhaltskosten, Revision etc. an. Eine eigenständige Gesellschaft würde nicht über die gleich günstigen Bedingungen am Kapitalmarkt verfügen. Der Einfluss des Einwohnerrates wäre bei einer eigenständigen Gesellschaft massiv eingeschränkt. Deshalb ist der Gemeinderat der Ansicht, dass die Gründung einer eigenständigen Gesellschaft für die Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Liegenschaften nicht sinnvoll ist. Die Bewirtschaftung und Bebauung der gemeindeeigenen Grundstücke als Dienststelle. Die Fragestellung tangiert die Immobilienstrategie der Gemeinde Allschwil, diese wird momentan aktualisiert. Ich gehe bereits auf den Vorschlag der Eigenbewirtschaftung ein. Bei der Eigenbewirtschaftung der Immobilien könnte die Gemeinde gegebenenfalls bei vollständiger Eigenständigkeit eine höhere Rendite als bei anderen Verwendungsoptionen erzielen. Das ist allerdings nur möglich, wenn keine anderen Eingeständnisse gemacht werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass diese Option nicht zu empfehlen ist. Wenn man das Verhältnis zwischen einem möglichen Investitionsvolumen dem Eigenkapital der Gemeinde gegenüberstellt, ergibt sich ein Klumpenrisiko. Mögliche Wertschwankungen auf dem Immobilienmarkt können bei einer Bewertung

der Aktiven zum Marktwert, wie dies HRM2 vorsieht, das Eigenkapital innert kürzester Zeit vernichten und zu einer Überschuldung führen. Die Gemeinde Allschwil verfügt aktuell nicht über die entsprechend personellen Ressourcen und über das entsprechende Know-how, um eine professionelle Liegenschaftsbewirtschaftung in dieser Grössenordnung zu betreiben. Es müssten gegebenenfalls neue Stellen geschaffen werden. Dabei stellt sich die Frage, ob das mögliche Portfolio überhaupt genügend gross und arbeitsintensiv wäre, um entsprechende Ressourcen für den Aufbau und die Pflege zu rechtfertigen. Vermutlich wäre der Einbezug einer externen Liegenschaftsverwaltung die geeignetere Variante. Diese müsste auch entsprechend koordiniert und überwacht werden. Mit dem Auftritt der Gemeinde oder einer Tochtergesellschaft als Investor geht die Gemeinde Risiken ein, die sie bei alternativen Verwendungszwecken, Verkauf, Baurecht etc. nicht oder nicht so sehr eingehen müsste. Dazu gehören noch folgende Risiken: Das Leerstandsrisiko. Rechtliche Risiken. Reputationsrisiken. Bauliche Risiken und Zinsrisiken. Aus Sicht des Gemeinderates gibt es momentan bessere und risikoärmere Optionen als die Eigenbewirtschaftung. Das partnerschaftliche Baurechtsmodell, das gemäss Einwohnerratsbeschluss vom 25. März 2015 für das Grundstück Wegmatten angewendet werden soll, sieht zum Beispiel eine Partizipation am Gewinn anteilmässig am eingebrachten Landwert vor, ohne die oben erwähnten Risiken in diesem Masse eingehen zu müssen. Der Gemeinderat beantragt Ihnen deshalb, das Postulat der EVP/Grüne-Fraktion nicht entgegen zu nehmen.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Ich danke Gemeinderat Franz Vogt sehr für die ausführlichen Ausführungen. Es ist uns allen bewusst, dass höhere Renditen mit höherem Risiko einhergehen. Die Frage ist und das müssen wir sicher einer vertieften Analyse unterziehen, ob das höhere Risiko gerechtfertigt ist. Franz Vogt sagt in einer ersten Antwort nein, für eine Gemeinde wäre dies eher schädlich. Das Postulat würde in diesem Sinn eine vertiefte Analyse verlangen, um jegliche Risikoabschätzung, Renditeabschätzung zu machen, zum Beispiel anhand des Bettenackerareals. Danach könnte eine fundierte Entscheidung getroffen werden. Es ist mir klar, ich bin kein Spezialist, ich kenne nur die Faustregel, die heisst: Wer das Grundstück besitzt, erhält auch die Hypothek zum Bebauen. Wie man sieht, wird in Allschwil viel gebaut. Es sind viele Leute bereit, dieses Risiko auf sich zu nehmen, auch Mietliegenschaften. Und diese versprechen sich bestimmt eine bessere Rendite, als wenn sie das Grundstück im Baurecht abgeben würden. Damit überlasse ich es der weiteren Diskussion, ob man das Postulat überweisen möchte oder nicht.

Jürg Vogt, Präsident: Wir beraten über die Überweisung des Postulats. Es geht heute darum, ob man überweisen möchte oder ob man dem Gemeinderat folgen möchte.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe noch eine zusätzliche Frage an den Gemeinderat. Wir haben das Postulat auch eingereicht im Hinblick auf vorausschauende grundsätzliche Planung. Verstehe ich diese Antwort richtig, dass der Gemeinderat heute sagt, dass in jedem Fall eine Eigenbewirtschaftung endgültig nicht in Frage kommt. Oder ist der Gemeinderat bereit bei den einzelnen Veräusserungsmöglichkeiten oder Bewirtschaftungsmöglichkeiten, dieses Thema nochmals aufzunehmen?

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich habe diese Sachen vorher dargelegt, dass es für die öffentliche Hand nicht ganz einfach ist, dies selber zu machen. Aber selbstverständlich ist die Eigenbewirtschaftung immer ein Teil der Varianten. Das ist klar, und wir müssen immer die beste Variante wählen, und zwar nicht nur aus finanzieller Sicht, sondern man probiert, dass es im Ganzen das Beste ist für die Gemeinde. Zum Vornherein ausschliessen werden wir das nicht. Aber eine Gründung einer eigenständigen Gesellschaft oder von einer Dienststelle erachten wir nicht als zielführend. Herr Ruckstuhl hat gesagt, dass höheres Risiko gleich höhere Rendite heisst. Das würde heissen, dass wir knallhart die Rendite in den Vordergrund stellen. Ich überlasse es Ihrer Beurteilung, ob das für eine Gemeinde schicklich ist, wenn sie Wohnungen vermietet und die Rendite das wichtigste daran ist. Wenn man Zugeständnisse macht, dann geht das auf die Rendite, das muss man ganz klar sagen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: In unserer Fraktion haben wir dies auch diskutiert und wir haben eine gewisse Sympathie für dieses Postulat. Es ist immer sinnvoll, wenn wir gemeindeeigene Grundstücke möglichst sinnvoll bewirtschaften. Wir sind dennoch der Meinung, dass wir letztendlich die Kirche im Dorf belassen möchten. Man kann nicht Immobilien Basel-Stadt als Vergleich nehmen und eine

Dienststelle in Allschwil schaffen. Der Kanton Basel-Stadt hat einen ganz anderen Liegenschaftsbestand als wir in Allschwil. Eine eigene Dienststelle zu schaffen, die wiederum mit Kosten verbunden ist, erachten wir als unverhältnismässig. Darum sind wir in der Fraktion zum Schluss gekommen, dass wir das Postulat nicht überweisen möchten.

Roland Naef, fraktionslos: Wir sind definitiv zu klein für eine eigene Bewirtschaftung. Eine Immobilienverwaltung hat hunderte von Liegenschaften, die zu betreuen sind. Immobilien Basel kann man nicht vergleichen, das ist eine Dienstleistungsstelle des Finanzdepartements. Diese verwaltet nebst dem Vermögen des Kantons auch noch von der Pensionskasse und die Witwen- und Waisenkasse, die es früher gab. Das sind tausende von Liegenschaften im Kanton und in der ganzen Schweiz. Für Allschwil macht dies keinen Sinn. Für Allschwil würd es einzig Sinn machen, wenn man die Bewirtschaftung auslagert und dies ausschreibt und dann dort verwalten lässt. Alles andere ist Mumpitz.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion versteht grundsätzlich den Gedanken der Postulanten. Wir sind aber klar der Meinung, dass die Ausführungen von Franz Vogt stimmen und schliessen uns auch dem an, was mein Vorredner Roland Naef gesagt hat, an, und werden das Postulat nicht überweisen.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Ich danke für diese Diskussion und kann natürlich die Argumentation schon verstehen, dass man Immobilien Allschwil als Gesellschaft nicht gründen möchte. Das ist hier auch nicht unbedingt so gemeint. Im Ziel geht es um eine Eigenbewirtschaftung, wie immer diese gemacht wird. Wir haben eine gewisse Offenheit des Gemeinderates gehört und der Gemeinderat ist daran interessiert, dass die Liegenschaften in der Gemeinde bleiben und bei der Gemeinde Rendite abwerfen. Das ist für mich bereits sehr befriedigend.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über die Überweisung des Postulats ab.

://:

Das Postulat wird grossmehrheitlich mit 3 Enthaltungen nicht überwiesen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 8

Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion, vom 13.01.2015,

betreffend Parc des Carrières

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4225

Robert Vogt, Gemeinderat: Bei diesem eingereichten Postulat geht es darum, dass wir beim Parc des Carrières Unterstützung bieten sollen. Der Gemeinderat nimmt dies offen entgegen, indem er sagt, dass wir dies bereits machen. Deswegen ist der Gemeinderat zum Entschluss gekommen, dass wir dies auf keinen Fall entgegenezunehmen brauchen. Ich möchte dies kurz begründen. Vor drei Jahren ist Andreas Courvoisier zu uns gekommen und hat das Projekt Parc des Carrières vorgestellt. Wir haben sofort das Potential erkannt und haben zuerst im Gemeinderat breit informiert und später auch die Umwelt- und Naturkommission zu diesem Thema begrüsst. Wir sind von Anfang an auf breite Akzeptanz gestossen und haben gesehen, dass wir diese Aktivitäten weiterverfolgen müssen. In diesen Jahren haben wir das Projekt in grosser Ernsthaftigkeit weiter verfolgt. Dank Ihnen wurde im Budget bereits Geld gesprochen, welches für die Vorplanung ausgegeben werden konnte. Mittlerweile sind wir soweit, dass wir mit einer Trägerschaft, das ist vor allem die Bürgergemeinde Basel-Stadt, die elsässischen Gemeinden, die IBA Basel-Stadt und die Gemeinde Allschwil, eine Organisation gründen können, um das Projekt zu konkretisieren. Ich bin deswegen sehr froh, dass ich heute bereits sagen kann, dass wir im Jahr 2016 mit Anträgen bei Ihnen vorstellig werden in dieser Richtung. Dies bedeutet aber, obwohl wir um diesen Schub aus der Öffentlichkeit froh sind, dass es nicht überweisen

werden muss, damit wir keine Doppelspurigkeiten erzeugen, die nicht nötig sind. Das Projekt läuft, es ist entsprechend dokumentiert, Sie finden es auch in meinem Geschäftsbericht, und deswegen bitte ich Sie, dieses Postulat nicht zu überweisen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Danke für die Antwort, ich beharre nicht auf Überweisung. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass dieses Projekt eine substantielle Wertsteigerung gibt, nicht nur für Allschwil, sondern auch für die Region. Und das Projekt ist eine sehr anspruchsvolle Angelegenheit vor allem auf der Kommunikationsebene. Darum möchte ich den Gemeinderat bitten, die Kommunikation offensiver zu betreiben und verwirrende Doppelbotschaften zu unterlassen. Ich sage, was ich damit meine. Als verwirrende Doppelbotschaft habe ich wahrgenommen, dass in dem Projekt Hegenheimermattweg Durchgang zur Parkallee kein Veloweg geplant ist. Das ist eine verwirrende Botschaft in Zusammenhang mit dem Entstehen für den Parc des Carrières. Auch ohne Parc des Carrières wäre der Durchgang mit dem Velo dringend erforderlich im Hinblick auf die 10'000 Arbeitsplätze, die dort geplant sind. Im Hinblick auf den Parc des Carrières wäre die Planung dieses Durchgangs als Veloweg eine sehr wichtige Botschaft. Dies mein Votum und ich bin, ohne Absprache mit meinen Fraktionskollegen, für nicht überweisen.

Jürg Vogt, Präsident: Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie das Postulat zurückziehen?

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ja, ausser ich erhalte andere Hinweise aus meiner Fraktion. Ich möchte nicht meine Fraktion übergehen. Oder hat jemand sonst aus dem Rat einen guten Grund, der mich davon überzeugt, das Postulat nicht zurückzuziehen.

Jürg Vogt, Präsident: Möchte jemand noch ein Wort zu diesem Geschäft sagen? Das ist nicht der Fall, somit hat sich dieses Geschäft erledigt. Das Postulat wurde zurückgezogen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli und Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion,
vom 10.02.2015, betreffend Sicherheitskonzept für das Primarschulschwimmen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa. Geschäft 4228

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich bin doch froh, dass wir jetzt endlich auch drankommen, nachdem wir etwa vier Mal vertröstet wurden. Das Postulat Sicherheitskonzept für Primarschulschwimmen der GLP/BDP wurde am 10.02.2015 eingereicht. Zu diesem Zeitpunkt hat die Schulleitung mit dem Schulrat zusammen bereits an der Ausarbeitung des Konzepts gearbeitet. Jérôme hat vorgängig den Hinweis gegeben, dass es das elektronische Sicherheitssystem gibt. Wir haben das aufgenommen und sind dieser Sache nachgegangen. Wir haben auch bei den Firmen nachgefragt, wie dies genau aussieht. Dann sind wir dort zum Schluss gekommen, dass die Investitionen hoch sind und dass die Firmen selber sagen, dass man trotzdem nicht auf Begleitpersonen verzichten kann. Das wurde mittlerweile auch in den Medien so dokumentiert. In dieser ganzen langen Zeit, wo das Geschäft immer wieder verschoben wurde, hat der Schulrat mit der Schulleitung zusammen dieses Schwimmkonzept erarbeitet. Frau Daniela Werren, Schulratspräsidentin, möchte Ihnen das vorstellen in diesem Zusammenhang. Weil das Ganze bereits erarbeitet wurde, sind wir nicht für die Überweisung des Postulats.

Daniela Werren Kienzler, Präsidentin Schulrat Kindergarten und Primarschule: Wie Franziska Pausa gesagt hat, sind wir schon länger an der Erarbeitung von diesem Konzept und haben diese Fragen alle geprüft. Bei dieser Empfehlung des Kantons geht es darum, dass ein Kind schon gar nicht unter das Wasser kommt oder auf den Boden. Genau das sollte man verhindern. Es sind zusätzliche

Sicherheitshilfsmittel, welche nicht den Menschen ersetzen. Es geht darum, dass eine Lehrperson oder ein Pfadi- oder Cevi-Leiter nicht mehr als 16 Personen unterrichten und beaufsichtigen kann. Das ist der Punkt und nicht, dass ein Kind schon am Boden liegt und lange unter Wasser ist, via Kamera entdeckt wird. Aufgrund dieser Aussagen, die wir vom BFU und SLRG haben, haben wir seit Ostern ein Pilotprojekt, das sehr gut ankommt in den Schulen. Es gibt professionelle Schwimmlehrer für alle Erst- und Zweitklässler und ein paar andere Klassen, welche die Lehrpersonen entweder unterstützen oder den Unterricht sogar ganz übernehmen, dann wird die Lehrperson zur Aufsichtsperson. Das möchten wir ab Sommer auch so weiterführen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Uns geht es in erster Linie um die Sicherheit der Schulkinder. Wir sind der Meinung, dass die zusätzliche Kontrollperson, wie das die Schulleitung möchte, nicht reicht, weil grad Menschen nicht gefeit sind vor Ablenkung und nicht lückenlos ihre Augen überall haben können. Gerade hier könnte das BFU-geprüfte Gerät, welches man vergleichsweise kostengünstig einbauen könnte, für vermehrte Sicherheit sorgen und eine ideale Ergänzung darstellen zur menschlichen Überwachung. Es geht nicht darum, dass wir bestehende Menschen durch eine Maschine oder einen Computer ersetzen. Wir haben bereits mindestens zwei Leute, die beim Schwimmunterricht aufpassen. Wir haben eine Lehrperson und den Bademeister, der auch da ist. Darum sollten wir dies unbedingt vertieft prüfen, auch im Interesse der Kinder. Dass dieses Gerät teuer ist, möchte ich hier bezweifeln. Ich denke, dass die Investitionskosten nach wenigen Jahren amortisiert sind im Verhältnis zur zusätzlichen Person, die wir sonst benötigen würden. Wir halten darum an unserem Postulat fest.

Daniela Werren Kienzler, Präsidentin Schulrat Kindergarten und Primarschule: Die erste Bemerkung wegen dem Bademeister haben wir sofort überprüft. Der Bademeister hat noch sehr viele technische Aufgaben zu erledigen, wenn der Schulunterricht stattfindet und kein öffentliches Schwimmen ist. Der Bademeister nützt nichts, wenn er Reinigungsarbeiten macht oder das Geld an der Kasse zählen muss. Der Bademeister kann aufgrund seines Aufgabenbereichs diese Aufsicht nicht den ganzen Morgen übernehmen, wenn die Schulklassen da sind. Die elektronischen Systeme, das haben wir abgeklärt, würden keine zusätzliche Aufsichtsperson oder Schwimmlehrperson ersetzen. Das heisst, es wäre ein plus und würde keine zusätzliche Schwimm- oder Begleitperson ersetzen. Die Kosten für ein elektronisches Bildsystem sind bei CHF 200'000 beim Einbau, die Wartungskosten CHF 5000 bis CHF 10'000 pro Jahr. Ein zweites System mit Bändeli am Arm wäre ein bisschen billiger. Da ist die Location aber nicht gesichert. Da geht der Alarm ab und es gibt viele Fehlalarme. Wo das Kind abgetaucht ist, weiss dann der Bademeister trotzdem nicht, wenn es pfeift. Wir finden es heikel, sich so auf die Technik allein zu verlassen.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Wir danken Frau Werren und der Schulleitung für diese Ausführungen und für die Erkenntnisse daraus, dass es einen zweiten Schwimmleiter braucht. Kinder im Alter von der ersten und zweiten Primarschule versinken im Wasser, ohne sich zu verabschieden. Da schreit niemand um Hilfe, wie das in den Filmen der Fall ist. Wir finden das sehr wichtig, dass eine zweite Person im Hallenbad ist. Wir finden es auch aus einem zweiten Grund sehr wichtig. Sport ist in der Sekundarschule Stufe I seit dem Jahrgang 1999 ein Promotionsfach und die Kinder sollten aus dem Primarschulalter in die Sekundarschulstufe I kommen und schwimmen können, um die Ansprüche, die an sie gestellt werden, zu erfüllen. Die Ansprüche sind die europäischen Normen und recht schwer. Wir unterstützen das sehr, dass eine zweite Lehrperson im Hallenbad anwesend ist beim Sportunterricht.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Mich interessiert, wie das bei den Kosten aussieht beim Pilotprojekt und was es bedeutet, wenn man es einführt auf die nächsten Jahre gerechnet.

Daniela Werren Kienzler, Präsidentin Schulrat Kindergarten und Primarschule: Wir kommen hochgerechnet auf rund CHF 40'000.

Markus Gruber, FDP-Fraktion: Wir in der FDP-Fraktion haben dies auch besprochen und sind zum Schluss gekommen, dass dieses System eine Beaufsichtigung nicht ersetzen kann. Für uns ist es zwingend, dass eine zusätzliche Beaufsichtigung ab 16 Kindern anwesend ist. Die technischen

Systeme konnten uns nicht davon überzeugen, dass sie einen Mehrwert bringen zur Aufsichtsperson. Darum können wir das Postulat nicht unterstützen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich bin leicht erstaunt, dass ein Bademeister während der Öffnungszeiten andere Sachen machen muss als die Aufsicht des Hallenbads. Ich habe an einem Ort gewohnt, wo wir ein Schwimmbad hatten mit Hotelbetrieb. Das Schwimmbad ging dann auf, wenn die Reinigung die Filter gewechselt hat und die Anlage in Betrieb war. Der Bademeister hatte dann klar die Aufgabe, dies zu überwachen. Da muss man vielleicht das Pflichtenheft des Bademeisters überarbeiten. CHF 40'000 nochmals zusätzlich zu belasten, wo die Schulen sonst schon ein überzogenes Budget haben, finde ich schwierig. Man muss eine Lösung finden mit einem humanen System. Ich meine auch, dass die Elektronik das andere nicht ersetzt, das kann ich nachvollziehen, das ist richtig. Aber da müssen wir nochmals dahinter gehen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Wir finden es ein wichtiges Thema, aber kein Thema für den Einwohnerrat, sondern für die Schulleitung. Darum sind wir für nicht überweisen.

Daniela Werren Kienzler, Präsidentin Schulrat Kindergarten und Primarschule: Wenn drei Klassen zusammen schwimmen kommen, würde auch ein zusätzlicher Bademeister nichts nützen, weil eine Person nur 16 Kinder beaufsichtigen darf. Das haben wir uns am Anfang auch überlegt, aber die Rechnung geht trotzdem nicht auf.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Das Hauptziel ist für uns, dass die Kinder möglichst früh schwimmen lernen. Die Ausgangslage war die Aufsicht des Bademeisters. Wir möchten es dorthin bringen, dass die Kinder möglichst früh schwimmen lernen und dass damit eine grössere Sicherheit gewährleistet ist. Für uns ist es wichtig, dass die Kinder möglichst gut schwimmen lernen. Mit zwei Personen ist dies viel besser möglich.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Erhält der Einwohnerrat, bevor dieses Pilotprojekt umgesetzt wird, eine Vorlage, wo aufgezeigt wird, wie das gelöst wird mit einer Kostenanalyse über die nächsten Jahre? Wenn wir von drei Klassen reden, dann braucht es nochmals zusätzlich mehr Leute. Und dann interessiert mich, ob es mit diesen CHF 40'000 aufgeht.

Jürg Vogt, Präsident: Es geht heute um die Überweisung oder nicht. Wenn wir es überweisen, dann ist es sicher richtig, dass Sie das ergänzt haben.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Es wurde vorhin ein paar Mal gesagt, dass man technische Systeme und die Beaufsichtigung gegeneinander ausspielen soll. Was jetzt hier drin passiert, ist genau das. Offenbar sind viele Stimmen hier im Einwohnerrat der Ansicht, dass eine Aufsicht besser ist als ein technisches System. Ich möchte zu Bedenken geben, auch 16 Kinder sind für eine Aufsichtsperson relativ viel. Wenn schon gesagt wird, was völlig richtig ist, dass die Kinder lautlos versinken können, sie sind plötzlich weg, ohne dass man viel merkt, dann zeigt dies genau, dass technische Systeme einen Vorteil haben, indem sie das bemerken, was der Aufsichtsperson entgehen kann. Es wäre wichtig, dass wir das nochmals vertiefen und schaut, ob die technischen Systeme etwas an Sicherheitsgewinn hergeben würden. Ich möchte empfehlen, dass wir dieses Postulat überweisen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung, ob wir das Postulat überweisen oder nicht.

://:

Mit 16 gegen 14 Stimmen und 2 Enthaltungen ist das Postulat überwiesen.

ENDE der Sitzung vom 16. Juni

Mittwoch, 17. Juni 2015, 18.00 Uhr

Jürg Vogt, Präsident: Ich begrüße Sie zum zweiten Teil der Juni-Sitzung. Heute ist ein wichtiger Abend, wir haben Wahlen für das nächste Amtsjahr. Wir haben uns im Büro so abgesprochen, dass wir während den Wahlen das Info-Fenster machen und danach die Fragestunde. Als kleine Mitteilung darf ich Ihnen mitteilen, dass Frau Gohl das letzte Mal unter uns ist und für das AWB berichtet. Seit Frau Gohl für das AWB schreibt, haben es bald alle wieder abonniert. Von Seiten des Einwohnerrats und des Gemeinderats möchte ich Ihnen herzlich danken für Ihre objektive Berichterstattung. Schade, sind Sie nicht mehr in dieser Funktion dabei.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Wahl der Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2015/2016

- a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
- b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
- c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
- d) Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen
- e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmzähler / Stimmzählerinnen,,
Geschäft 4235

10a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates

Jürg Vogt, Präsident: Wie Sie wissen, werden das Präsidium, 1. und 2. Vizepräsident in stiller Wahl gewählt. Ich frage den Rat an, wer als Präsident nominiert wird.

René Imhof, SVP-Fraktion: Wir können Ihnen unsere sympathische Kollegin Pascale Uccella wärmstens empfehlen. Sie weist sich als kollegial, kompetent, kollegial und hilfsbereit aus. Pascale Uccella hat auch in der Schulkommission gute Zeichen gesetzt und ist prädestiniert für das Amt der Einwohnerratspräsidentin. Wir danken für die Wahl.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall, dann werden die Stimmzähler die Zettel austeilen.

Ausgeteilte Stimmzetteln	31
Eingegangene Stimmzetteln	31
Davon leer und ungültig	02
Gültige Stimmen	29
Absolutes Mehr	15

://:

Mit 26 Stimmen ist Pascale Uccella gewählt.

Pascale Uccella-Klauser, 1. Vizepräsidentin: Ich möchte mich sehr herzlich für die vielen Stimmen bedanken. Ich freue mich, dieses Jahr mit der nächsten Legislatur weiterzumachen. Ich werde auch noch eine Pause brauchen, ich war heute trotz allem etwas nervös. Es wird für mich ein sehr strenges aber tolles Jahr, weil ich, wie viele wissen, auch in den Landrat kommen werde. Ich werde mir viel Mühe geben hier im Einwohnerrat und hoffe, dass ihr mit einem Augenzwinkern nicht alles so ernst nehmt, wenn ich einen Fehler mache. Ich werde mir Mühe geben und ich möchte euch alle sehr

herzlich einladen, für Andreas Bammatter ist es natürlich spontan, an die Baslerstrasse 33 zu gehen. Bei Familie Vogt ist ein Grill aufgebaut und es hat genug zu trinken.

10b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es Nominationen?

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Ich empfehle Ihnen wärmstens Philippe Adam zur Wahl. Philippe ist sympathisch, jung und dynamisch. Er hat seine Wurzeln in Allschwil und hat sich ein Jahr sehr gut als 2. Vizepräsident bewährt und ist ein erfahrener Einwohnerrat.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall.

Ausgeteilte Stimmzetteln	31
Eingegangene Stimmzetteln	31
Davon leer und ungültig	01
Gültige Stimmen	30
Absolutes Mehr	16

:::

Mit 26 Stimmen ist Philippe Adam gewählt.

Weitere Stimmen haben Stephan Wolf, Roland Naef, Kurt Kneier und Philippe Hofmann erhalten.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident: Ich bedanke mich für das Vertrauen und die Wahl. Ich freue mich auf eine weitere Zusammenarbeit.

10c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es Nominationen?

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Die SP freut sich, dass sie Simon Maurer als 2. Vizepräsident stellen darf. Er ist dorfbekannt und gut verwurzelt im Einwohnerrat. Wir freuen uns auf die Wahl von Simon.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Der Ordnung halber zählt nicht der Stimmzähler Simon Maurer, sondern das macht Philippe Adam.

Ausgeteilte Stimmzetteln	31
Eingegangene Stimmzetteln	31
Davon leer und ungültig	0
Gültige Stimmen	31
Absolutes Mehr	16

:::

Mit 30 Stimmen ist Simon Maurer gewählt.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Herzlichen Dank für das gute Resultat. Ich werde mir alle Mühe geben als 2. Vizepräsident schön geordnet durch die abschnittswisen Beratungen zu führen.

10d) Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Wahl der beiden Stimmzähler. Gibt es Wahlvorschläge?

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte Christoph Ruckstuhl als Stimmzähler vorschlagen.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Wir schlagen Markus Gruber vor.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall.

://:

Christoph Ruckstuhl und Markus Gruber sind somit in stiller Wahl gewählt, ich gratuliere.

10e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmzähler / Stimmzählerinnen

Jürg Vogt, Präsident: Bis anhin sind Kurt Kneier und Armin Bieri als Ersatzstimmzähler gewählt. Sie stellen sich beide wieder zur Verfügung. Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall.

://:

Kurt Kneier und Armin Bieri sind in stiller Wahl gewählt.

INFO-FENSTER

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich habe zwei Informationen. Eine betrifft die Spezialkommission Generelle Leistungsüberprüfung und das andere betrifft die Verwaltungsreform bzw. Zukunft Allschwil. Zur Spezialkommission Generelle Leistungsüberprüfung. An der letzten Sitzung ist das Thema Ersatzmitglied aufgetaucht. Wie Sie wissen, wurden für die Spezialkommission nur die Mitglieder gewählt und keine Ersatzmitglieder, wie das bei anderen ständigen Kommissionen der Fall ist. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Spezialkommission generelle Leistungsüberprüfung ihre Aufgaben im Frühling 2016 wird abschliessen können. Darum sieht der Gemeinderat davon ab, nochmals in einem offiziellen Rahmen Ersatzmitglieder zu wählen. Der Gemeinderat befürwortet aber folgendes Vorgehen, wenn ein gewähltes ordentliches Mitglied nicht an die Sitzung kommen kann, dann lassen wir dies mit Augenzwinkern zu, dass ein sogenanntes Ersatzmitglied geschickt wird, damit man trotzdem vertreten ist. Das ist der Weg, den wir hier wählen können.

Verwaltungsreform respektive Zukunft Allschwil. Auch dort hat die erste Sitzung des Projekt-Kernteam stattgefunden. In diesem Projekt-Kernteam ist die hoffentlich zukünftige Präsidentin, Gemeindeverwalter Dieter Pfister, Herr Krummenacher und Herr Willimann von der Hochschule Luzern. Wir haben an der Sitzung die Offerte besprochen. Dort hat sich gezeigt, dass zwei Teilprojekte weiterverfolgt werden sollen. Das Erste ist die Analyse bezüglich Aufbau- oder Ablauforganisation, Projektmanagement und Prozesse. Das andere Teilprojekt ist das Gemeindeentwicklungskonzept, welches anfangs 2016 bearbeitet werden soll. Ich informiere auch deshalb, weil ich Ihnen mitgeteilt habe, dass Sie sich melden dürfen, wer von jeder Fraktion in diesem Sounding-Board mitmachen kann. Wir haben von fünf Fraktionen die Mitteilung erhalten, leider haben wir von der GLP/BDP keine Mitteilung erhalten. Ich fände es freundlich, wenn man sich innert Frist melden würde oder wenigstens ein bisschen nachher. Wenn man kein Interesse hat hier mitzuarbeiten, dann darf man dies selbstverständlich auch sagen. Bezüglich dem Sounding-Board gibt es fixierte Termine. Die nächsten Termine im 2015 sind wie folgt: 22. September 2015, 18.00 Uhr, das ist die Kick-Off Sitzung, wo die Interviews angeschaut und erste Analysen gemacht werden. Die nächste Sitzung ist am 10. November 2015, 18.00 Uhr, und die dritte Sitzung ist am 17. Dezember, 18.00 Uhr. Das wären meine Informationen zu diesem Thema, welches für die Gemeinde Allschwil sehr wichtig ist.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich habe gestern eine Andeutung während der Präsentation gemacht, dass ich noch eine gute Nachricht habe. Wir haben nämlich die definitive Abrechnung der BLPK per 31. Dezember 2014 erhalten. Die Einwohnergemeinde Allschwil hat am 27. Dezember 2014 der BLPK den Ausfinanzierungsbetrag von CHF 19'421'100 überwiesen. Die CHF 19'400'000 basierten auf dem Zwischenabschluss der BLPK vom 3. Quartal 2014. Für die definitive Ausfinanzierung ist jedoch der Abschluss per 31.12.2014 relevant. Mit Schreiben vom 09. Juni dieses Jahres hat die BLPK über den

definitiven Ausfinanzierungsbetrag informiert. Dieser beträgt CHF 18'044'675 und ist somit tiefer als der bereits einbezahlte Betrag. Daraus resultiert für die Gemeinde Allschwil ein Guthaben von CHF 1'376'425. Das wird gemäss dem Anschlussvertrag vom 18. Dezember 2014 der Arbeitgeberreserve zugewiesen. Diese kann entsprechend stehengelassen werden oder mit den zu leistenden Beträgen verrechnet werden. Buchhalterisch nimmt die Neubewertungsreserve bzw. der PK Bilanzfehlbetrag erfolgsneutral von CHF 12'389'207 auf CHF 11'012'782 ab. Die Kosten für die Besitzstandseinlage sind in den CHF 18'000'000 enthalten. Von den aktiv Versicherten beträgt dies CHF 815'946 und ist somit tiefer ausgefallen als die in der Einwohnerratsvorlage vom 24. September 2014 bezifferten CHF 1'200'062.

FRAGESTUNDE

Informationen am Neuzuzüger-Apéro

Frage:

1. Die Informationen am Neuzuzüger-Apéro wurden auf Schweizerdeutsch vermittelt. Konnte der Gemeinderat resp. die Verwaltung davon ausgehen, dass die Anwesenden (allenfalls Welsche, Tessiner/innen, Migrant/innen und Expats) diese Sprache verstehen?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Auf die Frage von Bruno Gadola kann ich wie folgt antworten. Die Fragen kennen Sie, ich muss sie nicht wiederholen. Der Gemeinderat hat sich überlegt, den Neuzuzügerapéro neu zu konzipieren. Er hat dies gemacht. Er wollte von einer One-Man-Show wegkommen zu einer Variante, wo die Leute mehr Fragen stellen können und zu ihren Themen Antworten abholen können an diesem Anlass. Das Konzept hat so ausgesehen dass es ein kurzes Eingangsreferat von mir gibt mit Bildern, und nachher konnten diejenigen, die kamen, sich an verschiedenen Theken informieren zu unterschiedlichen Themen, von welchen wir denken, dass sie sich dafür interessieren. Das sind Schulen, schulergänzende Betreuung, Firmen, Alter und Behörden. Es ist glaub alles abgedeckt, was man wissen möchte. Am 06. Mai 2015 fand dieser Anlass so zum ersten Mal statt. Der Gemeinderat hat sich bereits im Vorfeld überlegt, wie wir das halten sollen mit der Sprache. Soll es auf Hochdeutsch sein, auf Dialekt oder allenfalls noch etwas anderes. Wir haben uns dafür entschieden, dass ich das Eingangsreferat in Dialekt halte und dann nachher von verschiedener Seite ein Feedback einhole. Man ist dann zum Schluss gekommen, dass wir daran sehr wahrscheinlich etwas ändern müssen. Wahrscheinlich wird es in die Richtung gehen, dass die neu Zugezogenen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, bei der Theke entsprechende Übersetzungshilfe erhalten. Es ist schwierig, weil ich glaube, dass wir am Schluss nicht fünf bis zehn verschiedene Sprachen anbieten. Mit englisch kommt man wahrscheinlich schon weit. Wir schauen, dass wir das anbieten können. Vielleicht kann ich beim Eingangsreferat ein paar Worte auf Englisch sagen. Ich weiss zwar nicht, wie gut das rüberkommt, aber wir werden es mal versuchen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur zweiten Frage.

Gendergerechte Formulierung

Frage:

1. Ist der Gemeinderat resp. die Verwaltung willens seine Berichte künftig gendergerecht zu formulieren, so wie dies beim revidierten Einwohnerrats-Reglement eingefordert wurde?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Zur Frage der gendergerechten Formulierung. Der Gemeinderat hat sich mit dieser Frage auch auseinandergesetzt. Es wäre falsch, wenn wir im heutigen Zeitalter uns vor dieser Frage verschliessen. Von der Fachstelle für Gleichberechtigung gibt es einen Leitfaden zu diesem Thema. Gendergerechte Formulierung respektive geschlechtergerechte Sprache, wirkungsvolle Kommunikation mit dem selbstsprechenden Titel: Denn nicht jeder ist eine Frau. Ich habe diesen Leitfaden gelesen, der ist hoch interessant. Ich denke, es ist klar, wir werden uns dieser Thematik annehmen und uns in den Berichten vertieft darauf achten, dass wir der gendergerechten Formulierung nachkommen. Sie fragen sich jetzt vielleicht, was dies denn konkret heisst und ob wir jetzt alles nur noch in der weiblichen Form formulieren werden und ein Kreuz machen, dass es auch für Männer gilt. So einfach ist es aber nicht. Es gibt verschiedene Ansätze. Ein

Ansatz ist, dass man die Paar-Form verwendet, also Leserinnen und Leser. Dies führt je nach dem zu einer umständlichen Formulierung. Eine andere Möglichkeit, ist die Kurz-Form. LeserIn. Oder man nimmt eine Bezeichnung, die für Männer und Frauen gelten, zum Beispiel die Arbeitnehmenden. Es gibt Ansätze und in der heutigen Zeit darf man sich dagegen nicht verschliessen. Ich bin die Letzte, die sich dagegen verschliesst und der Gemeinderat auch.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 3

Stiftung Geschwister Butz-Lierten

Frage:

1. *Der Gemeinderat ist Stiftungsmitglied der oberwähnten Stiftung. Worin besteht der Stiftungszweck?*

Arnold Julier, Gemeinderat: Herr Gadola fragt nach dem Stiftungszweck der Stiftung Butz Lierten. Der Zweck der Stiftung ist, Institutionen von Allschwil jährlich mit Zuwendungen zu unterstützen und zwar im Rahmen des Ertrags des Stiftungsvermögens. Es sind folgende Institutionen in Allschwil: Die römisch-katholische Pfarrei St. Peter und Paul für die Ausrichtung von Unterstützung an unbemittelte Pfarreiangehörige und Stipendien an Theologiestudenten. Römisch-katholischer Frauenverein St. Peter und Paul zur Verwirklichung seiner wohltätigen Bestrebungen. Missionshaus Bethlehem Immensee für die Unterstützung missionarischer Zwecke. Katholischer Kranken- und Hauspflegeverein Allschwil bzw. allenfalls dessen Nachfolgeinstitution zur Erfüllung seiner sozialen Zwecke, das ist die heutige Spitex. Alters- und Pflegeheim am Bachgraben Allschwil zur Unterstützung von unbemittelten Bewohnern. Das ist der Stiftungszweck vom Butz Lierten. Übrigens wäre dies auch im Handelsregister genau beschrieben.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Frage 4.

Sprachliche Frühförderung

Betreffend Betteltour für die Finanzierung der sprachlichen Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter:

Frage:

1. *Wie weit sind die diesbezüglichen Bemühungen gediehen?*

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Wie weit sind die Bemühungen bezüglich der Sprachförderung? Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass längerfristige Aufgaben im Bildungswesen nicht durch Sponsorin finanziert werden sollen und können. Im staatlichen Bereich ist Sponsoring generell sehr selten zu finden, im Bildungsbereich fast gar nicht. Es können zwar ausnahmsweise einzelne Projekte oder Sachmittel von privaten Firmen gesponsert werden. Ein langfristig jährlich wiederkehrendes Projekt wie das Projekt der Sprachlerngruppe, wie es an der Einwohnerratssitzung vorgestellt wurde, lässt sich nicht über Sponsoring finanzieren. Für private Firmen ist ein längerfristiges Engagement im Bildungsbereich nicht attraktiv und zu wenig öffentlichkeitswirksam. Bei solchen Angeboten sind kurzfristige Erfolge nicht möglich. Für das Konzept der Sprachlerngruppen braucht es zwingend verlässliche langfristige Partner. Dieses Projekt ist langfristig vorgesehen und es sind gemeindeeigene Sprachlehrpersonen vorgesehen, das wären dann gebundene Ausgaben.

Jürg Vogt, Präsident: Diese Frage ist beantwortet. Wir kommen zu Frage 5.

Sanierung Baslerstrasse

Frage:

1. *Was kann Allschwil tun, um den Regierungsrat in Liestal doch noch dazu zu bringen, mit der Sanierung Baslerstrasse vor 2019 zu beginnen?*

Robert Vogt, Gemeinderat: Zur Frage der Sanierung Baslerstrasse können wir sagen, dass der Gemeinderat bereits sehr aktiv war in der Vergangenheit, damit der Kanton Baselland diese Strasse möglichst früh erneuert. Wir haben dazu Vorschläge unterbreitet, dass dies möglichst im Jahr 2016/2017 und 2020/2021 ausgeführt werden kann. Unsere Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli hat sich persönlich bei Regierungsrätin Sabine Pegoraro darum bemüht, dass man diese Investition nach vorne schiebt. Bisher gab dies kein Ergebnis. Weil sich der Gemeinderat der Wichtigkeit dieser Erneuerung der Baslerstrasse sehr bewusst ist, es geht um sicherheitstechnische massive Verbesserungen, möchten wir weitere Schritte prüfen. Das ist im Moment noch unklar und ich werde Sie gerne darüber informieren, wenn wir wissen, in welcher Richtung wir intervenieren können.

Jürg Vogt, Präsident: Somit kommen wir zur Frage 6.

Verlustscheinbewirtschaftung

In der Hauptabteilung Finanzen-Steuern gibt es eine 40% Stelle, die sich mit der Verlustscheinbewirtschaftung beschäftigt. Wenn im Jahr 2017 einige dieser Verlustscheine verjähren, und allenfalls neu betrieben werden muss, sollten wir dieses 40% Pensum erhöhen.

Frage:

1. Reicht die 40% Stelle nach Meinung des GR?

Franz Vogt, Gemeinderat: In der Hauptabteilung Finanzen Steuern gibt es eine 40%-Stelle, die sich mit der Verlustscheinbewirtschaftung beschäftigt. Das Pensum sollte unserer Meinung nach nicht erhöht werden. Aktuell werden pro Woche eine festgelegte Anzahl Verlustscheine bearbeitet. Sollte die Hauptabteilung Finanzen feststellen, dass die vorhandenen Verlustscheine nicht rechtzeitig aus eigenständigen Ressourcen bearbeitet werden können, wird sie externe Unterstützung beiziehen. Gespräche mit einem entsprechenden Anbieter wurden bereits geführt. Da die Unterstützung nur temporär und fallbezogen wäre, ist sie günstiger als die Schaffung von neuen gebundenen Kosten in Form einer Pensenerhöhung.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Frage 7.

Baustelle Oberwilerstrasse

Die Baustelle auf der Oberwilerstrasse für den Veloweg hat den Spitzwald erreicht.

Frage:

1. Wo führt die Route nach Allschwil weiter?

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Veloweg von der Oberwilerstrasse nach Allschwil ist im Moment sichtbar im Bau und führt bis jetzt bis zum Herrenweg, also bis zur Kreuzung Spitzwald. Der weitere Verlauf dieser Veloroute ist heute noch ungeklärt. Und weil dies ein kantonales Projekt ist, haben wir von der Gemeinde einen Vorschlag unterbreitet, welcher diese Route über den Herrenweg in den Winzerweg führt, und vom Winzerweg über den Holeeweg in die Ochsenegasse und dann zum Dorfplatz. Es ist aber noch völlig unklar, ob es dort durchgehen wird oder einen anderen Weg nimmt. Wir werden Sie orientieren, wenn diese Streckenführung wirklich vorliegt.

Gartenbäder Basel-Stadt

In der Zeitung war zu lesen, dass die Gartenbäder in Basel-Stadt für auswärtige Personen teurer geworden sind.

Frage:

1. Trifft dies auch die Allschwiler im Gartenbad Bachgraben, das zum grossen Teil auf Allschwiler Boden ist?

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Kathrin Gürtler fragt, ob im Gartenbad Bachgraben es für uns Allschwiler auch teurer wird, weil das Bachgraben ein Stück weit auf Allschwiler Boden steht. Das stimmt natürlich, aber trotzdem gehört das Bachgraben ganz Basel-Stadt und wird auch von Basel-Stadt betrieben. Die Einzel-Eintritte bleiben gleich, die Saisonabonnements kosten für Erwachsene CHF 110 anstatt CHF 90. Lehrlinge und Studenten bezahlen CHF 65 anstatt CHF 50, und Kinder und Schüler von 6 bis 16 Jahren bezahlen CHF 35 bis CHF 45.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Frage 9.

Nutzung von Spielplätzen

Am Mittwoch, 24.6.2015 hat eine Gruppe Christliche Gemeinde Allschwil auf dem Lindenplatz eine Kinderstunde durchgeführt. Dies an einem Mittwochnachmittag, an welchem viele Kinder diesen Platz benutzen.

Fragen:

1. Wurde dieser Anlass bewilligt?
2. Was unternimmt die Gemeinde, um eine Zweckentfremdung eines öffentlichen Spielplatzes zu unterbinden?

Robert Vogt, Gemeinderat: Was diesen Anlass dieser christlichen Gemeinde betrifft, ist auf der Gemeinde Allschwil eine Anfrage eingegangen. Nach Abklärung der Verwaltung braucht es keine Bewilligung. Diese Organisation hat kein ausschliessliches Recht auf die Nutzung des Lindenplatzes, deshalb war eine Bewilligung nicht nötig.

Die zweite Frage, was unternimmt die Gemeinde, um die Zweckentfremdung eines öffentlichen Spielplatzes zu unterbinden? Da haben wir keine Gesetzesgrundlage, weil es ein öffentlicher Platz ist und sich alle Personen dort aufhalten dürfen. Es ist üblich, politische Parteien oder andere Organisationen nutzen solche Plätze für solche Anlässe.

Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion: Ich bin etwas überrascht, dass eine religiöse Gemeinschaft einen Kinderspielplatz an einem Mittwochnachmittag benutzen darf. Wäre es dann so, dass Scientology in Zukunft den zweiten Mittwoch benutzen dürfen? Und dürfte um 14.00 IS vorbeikommen, das andere fängt ja erst um 17.00 Uhr an, und auch aktiv sein. Da müsste es doch Grenzen geben, damit ein Kinderspielplatz nicht zweckentfremdet wird.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich kann insofern antworten, dass wir keine rechtliche Grundlage haben. Es müsste eine Anzeige geben, eine übermässige Situation, die gemäss Polizeigesetz geahndet werden kann, sein. Ansonsten gibt es wirklich keine Möglichkeit.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wenn eine Gruppierung ein Spielplatz alleine und ausschliesslich nutzen möchte, dann müssen sie eine Bewilligung einholen. Wenn sie sagen, dass sie dort vor Ort sind und neben anderen Leuten, diesen benutzen, dann müssen sie keine Bewilligung einholen und wir können nichts dagegen haben. Wir können aber ein Benutzungsreglement erlassen, weil der Spielplatz uns gehört. Ich weiss nicht, ob man dann dort reinschreiben kann, dass es eine christliche Vereinigung nicht benutzen darf. Das wird so nicht möglich sein, aber wir können ein grundsätzliches Benutzungsreglement erlassen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Frage 10.

Scientologen im Baselstädtischen Iselin-Quartier

Im an Allschwil grenzten Quartier wurde eine Mission der Scientologen eröffnet.

Frage:

1. *Ist in Allschwil diesbezüglich vermehrt Missionstätigkeiten beobachtet worden?*
2. *Was unternimmt der Gemeinderat, um die Jugend vor Missionaren zu schützen?*

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Das ist ein ähnliches Thema, die Nachfrage der vermehrten Missionstätigkeit. Wir als Gemeinderat hatten bisher keine Meldungen und Reaktionen, insofern haben wir hier noch nichts unternommen. Wir müssen nichts unternehmen, wenn niemand etwas meldet. Wir haben keinen Plan B, dass wir die Jugend vor Missionaren schützen. Basel-Stadt hat Scientologen anerkannt, ich weiss nicht, was dies für Umstände ergibt. Das ist sicher auch eine spezielle Angelegenheit.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Frage 11.

Schulhäuser

Fragen:

1. *Das neue Schulhaus wird erst in einem Jahr bezugsbereit sein, doch benötigt die Primarschule bereits diesen Sommer zusätzlichen Schulraum für das 6. Harnos-Schuljahr. Wo steht dieser erforderliche Schulraum zur Verfügung, d.h. wie sieht die Übergangslösung aus?*
2. *Die Sekundarschule Allschwil zieht bereits diesen Sommer aus dem Bettenackerschulhaus aus. Entstehen dadurch Leerstände? Wenn ja: Ist für eine Zwischennutzung gesorgt?*
3. *Ab Sommer 2016 werden die Schulhäuser Bettenacker und Gartenstrasse nicht mehr benötigt. Wie werden diese Schulhausareale dann genutzt? Wie ist der jetzige Projektstand?*

Christoph Morat, Gemeinderat: Aus einem guten Dienstleistungsgedanke heraus waren wir bereit, die verspätet eingetragene Frage zu beantworten. Zur Frage 1. Es wird nach dem Schulraum gefragt und somit auch nach den Strategien, wo und in welchen Räumlichkeiten Harnos stattfinden kann. Das ist an verschiedenen Orten geplant. Im Neu-Allschwil Schulhaus haben wir die Platzproblematik weniger, weil dort die Kindergärten ausgelagert werden. Weiter haben wir im Schulhaus Schönenbuchstrasse den Kindergarten, der in den Neubau Pestalozzi zieht. Dieser wird im August fertig. Zudem wird eine Kleinklasse ins Bettenacker-Schulhaus umziehen. So werden die Schulräume für Harnos im Schönenbuchstrasse-Schulhaus geschaffen. Im Schulhaus Bettenacker gibt es eine Verschiebung des schulergänzenden Unterrichts zum Trakt B. Dieser steht ab August 2016 leer, weil die Sekundarschule im Breite- und Lettenwegschulhaus zusammenkommt. Somit kann in Trakt A der Harnos-Bedarf abgedeckt werden. Im Schulhaus Gartenstrasse mit dem Wegfall des Fachbereichs entsteht der einzig gebrauchte Schulraum für Harnos. Wir wären so für das Jahr abgedeckt, bevor das neue Schulhaus Gartenhof bezogen werden kann.

Zur Frage 2. Der Trakt C bleibt leer und es ist dort keine Nachnutzung geplant. Teil des Mobiliars, welches uns gehört, ist das Mobiliar, welches wir für die sechsten Klassen benötigen. Dies wird in allen Schulhäusern verteilt. Somit ersparen wir uns einige Kosten. Der Trakt C wird nächstes Jahr sozusagen unbrauchbar gemacht, das heisst, dass Wasser und Elektrizität abgestellt wird. Es wird geschützt vor sogenannten Besetzern.

Zur Frage 3. Nach heutigem Kenntnisstand, und das ist nichts anderes als in der Schulraumstrategie immer gesagt wurde, soll das Bettenacker-Schulhaus durch Wohnnutzungen ersetzt werden. Dazu wird das Areal im Moment evaluiert mit einer externen Firma. Der Gemeinderat ist im Augenblick daran mit einer Strategie nicht nur dort, sondern auch für das Gartenstrasse-Schulhaus und für das Sturzenegger-Areal eine Vorlage vorzubereiten, über welche der Einwohnerrat abstimmen kann. In jedem Fall ist eine Volksabstimmung unumgänglich. Sie werden in Kürze wieder von uns hören, wie es weiter geht mit diesen drei Arealen.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es noch mündliche Fragen?

Simon Maurer, SP-Fraktion: Im Rahmen des Geschäftsberichts 2014 wollte ich gestern zwei Fragen stellen. Die erste Frage betrifft die Freizeit- und Sportanlagen im Brühl, welche von der Gemeinde

massiv erweitert wurde. Gibt es dort Freiflächen, die der Gemeinde gehören und für eine weitere Sportart genutzt werden könnte?

Robert Vogt, Gemeinderat: Bei der Freizeitanlage haben wir ausschliesslich für den FC Allschwil gebaut. Die dürfen diese natürlich nicht nur alleine brauchen. Es sind auch fremde Anlässe möglich für die Öffentlichkeit. Es hat keinen Platz mehr, weil diese Sportfelder genau definiert sind. Die Fussballfelder sind belegt und das Clubrestaurant auch. Nein, hier ist kein Platz mehr frei. Was die privaten Sportanlagen betrifft, wo die Vereine sind, Tennis etc., ist dies privat genutzt. Dort haben wir keinen Einfluss. Man müsste sich mit den Vereinen in Verbindung setzen, wenn man diese Plätze belegen möchte.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Die Antwort ist okay. Die zweite Frage, die ich von gestern noch mitgenommen habe, ist aus dem Geschäftsbericht öffentlicher Verkehr. Dort wird erwähnt, dass die Gemeinde in der Stadt vorstellig geworden ist, um die Endhaltestelle von Bus 38, welche jetzt provisorisch am Herrenweg ist, in die Tramschleufe zu verlegen. Sie ist immer noch provisorisch und ich möchte fragen, wie der Stand dort ist.

Robert Vogt, Gemeinderat: Letztes Jahr waren wir sehr froh, dass wir mindestens provisorisch die Endhaltestelle von Bus 38 in den Herrenweg verlegen konnten. Damit konnten wir die Buslinie mit der Tramlinie 8 verknüpfen. Wie Simon Maurer zu Recht sagt, wäre es viel optimaler für den öffentlichen Verkehr, wenn die Endhaltestelle in die Wendeschleufe der Tramlinie 8 verlegt würde. Das war bis jetzt nicht möglich, weil es baulich dafür nicht vorgesehen war. Dort liegt die Hoheit beim Kanton Basel-Stadt als Grundeigentümerin. Wir meinen im Gemeinderat aber immer noch, dass man diese Endhaltestellen verknüpfen sollte. Wir sind immer noch am Verhandeln mit Basel-Stadt, ob es nicht doch eine Möglichkeit gibt. Ich informiere Sie gerne darüber, wenn wir einen Erfolg oder eine Absage erhalten.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich bin heute in freudiger Erwartung von gestern. Thomas Pfaff, du hast gesagt, dass du heute Auskunft gibst bezüglich Securitas und Polizei.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich habe die 24 Stunden genutzt und mich kundig gemacht. Seit dem 1. April werden nachts und am Wochenende, wenn die Gemeindepolizei nicht gerade einen Abend- oder Wochenendeinsatz geplant hat, anstelle von bisher der Kantonspolizei neu die Securitas in unserem Auftrag den Bereich Ruhe und Ordnung abdecken. Das beinhaltet grundsätzlich eine Zentrale, wo die Anrufe entgegenkommen und wo geschaut wird, ob man die Probleme telefonisch lösen kann, ob man es verschieben kann auf Montag oder ob es eine Intervention braucht. Es gab in diesen drei Monaten 43 Anrufe. Bei 23 Anrufen hat es nicht den Bereich Ruhe und Ordnung betroffen, sondern einen Bereich, wo die Kantonspolizei zuständig ist. Damit wird der Anruf dann an die Kantonspolizei weitergegeben. In 20 Fällen war es tatsächlich etwas, wo die Gemeinde zuständig ist. 18 Mal ging es um Lärmbeanstandungen, insbesondere Lärm zu Nachtzeiten. Einmal ging es um einen Hund und einmal um entlaufene Hasen. Dort, wo es nicht telefonisch geklärt werden konnte zum Beispiel mit dem entsprechenden Lärmverursacher, wurde mit einer Patrouille der Securitas interveniert. Wo Verursacher angetroffen wurden, konnte dies geklärt werden, gegebenenfalls auch verzeigt. Wenn die Verursachung grobfahrlässig war, dann ist vorgesehen, dass man die Einsatzkosten, welche die Securitas hatte, dem Verursacher weiterverrechnet. Dort ist unser Polizeireglement die Grundlage. Vielleicht ist Ihnen aufgefallen in Zusammenhang mit früheren Ausführungen, dass es mehr Ereignisse sind als in früheren Jahren. Wir haben uns auch gefragt, was die Gründe dafür sind. Wir vermuten, dass es damit zu tun hat, dass wir gute AWB-Leser haben. Wir hatten in kurzer Zeit zwei Mal zu diesem Thema berichtet. Das erste Mal, als wir angekündigt haben, dass neu die Securitas die Telefonate entgegennimmt und interveniert. Und ein zweites Mal, wo wir informiert haben, dass wir mit der Gemeinde Binningen zusammenarbeiten in diesem Bereich. Vermutlich hat sich der eine oder andere Einwohner daran erinnert, dass man sich nicht nur ärgern muss, wenn etwas nicht gut läuft, sondern, dass man auch anrufen kann und dann wird geholfen. Nichts desto trotz müssen wir auch Gegensteuer geben. Wenn man sich gestört fühlt durch Lärm beim Nachbar, dann ist es immer noch die einfachste Methode, wenn man direkt zu ihm geht und ihn bittet einen Gang zurückzuschalten. Und erst, wenn dies nicht verhebt, dass erst dann polizeiliche Hilfe in Anspruch genommen wird. Wir müssen uns überlegen, wie wir das in den Griff kriegen, ansonsten laufen die Kosten aus dem Ruder.

Jürg Vogt, Präsident: Ich freue mich, Ihnen mitzuteilen, dass wir einen hohen Gast im Publikum haben. Regierungsrat Weber ist unter uns, es freut uns sehr, dass er den Weg zu uns gefunden hat.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe eine Frage, die ich nicht schriftlich eingegeben habe. Der Gemeinderat ist sicher darüber orientiert und kann hier Auskunft geben. Es geht um die gemeindeeigene Liegenschaft an der Klarastrasse, ich wohne gerade nebenan. Ich möchte den Gemeinderat fragen, ob ich richtig festgestellt habe, dass diese Liegenschaft nicht bewohnt ist. Zweitens frage ich, wie weit die Verhandlungen sind. Als wir beim letzten Mal in Zusammenhang mit dem Wallmerhaus über die Liegenschaften gesprochen haben, wollte man diese Liegenschaft verkaufen, wie ist da der Stand der Dinge? Eine Anmerkung zum Voraus. Wenn man diese Liegenschaft zu einem guten Preis verkaufen möchte, dann muss man jetzt etwas machen. Wenn ich als potentieller Käufer an diese Liegenschaft heranlaufe, dann fällt mir der Laden runter. Man sollte wenigstens die Sträucher schneiden. Dies eine Anmerkung, auf die ersten beiden Fragen hätte ich gerne eine Auskunft.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich gebe gerne Auskunft, soweit ich das kann. Eine Wohnung steht bereits seit längerer Zeit leer. Die zweite Wohnung ist meiner Meinung nach vermietet, ich kläre das gerne genauer ab. Über den Mieterspiegel bin ich nicht so genau im Bilde. Wir haben noch Interessenten im Augenblick. Wir haben das mehrere Male ausgeschrieben. Wir sind zurzeit in Verhandlungen mit einem Interessent, der uns ein Angebot gemacht hat, wo man sich aber noch nicht getroffen hat. Die Sträucher zu schneiden, nehmen wir gerne zur Kenntnis. Wir müssen auch die Heizung sanieren, da mussten wir leider in den Sack greifen, aber wir können dies im Verkaufspreis wieder geltend machen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe folgende Frage. Vor nicht ganz einer Woche hat es beim neuen Schulhaus bereits zum ersten Mal gebrannt. Was war die Ursache? Könnte man dort nicht so etwas wie einen Hülsenschlüssel hintun oder ein Schächtli, damit man das verschlossene Gatter nicht jedes Mal kaputt machen muss? In der Privatwirtschaft funktioniert das auch, dort ist sogar einer vor Ort, der aufmacht. Man könnte im Minimum so ein Schlüsselschächtli aufstellen. Das kommt nur von mir, das ist eine Überlegung von mir.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Nach ersten Erkenntnissen vor Ort handelte es sich um einen Brand, der bei einer Kreissäge entstanden ist. Die ist offenbar überhitzt und es hat über Nacht gebrannt. Es hat Schalungen verbrannt, welche vorbereitet waren, um nachher zu betonieren. Diese Schalungen müssen jetzt erneuert werden. Der Schadenumfang ist nicht allzu gross. Dies hat vor Ort der Einsatzleiter festgestellt. Betreffend dem Zutritt für die Feuerwehr. Wir gehen davon aus, dass es auf einer Baustelle selten brennt. Wenn man dann halt ein Eingangsgatter aufbrechen muss, dann ist vermutlich der finanzielle Aufwand geringer, als wenn wir ein Dispositiv aufziehen mit Schlüsselhülsen.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich habe eine Frage an Franziska Pausa. Ich bin in eine Diskussion geraten, weil ich der Auffassung war, dass es nicht so ist. Es gab die Behauptung aus der Bevölkerung, dass das Theater Fauteuil Unterstützungsbeiträge aus Allschwil erhält. Ich habe das noch nie gehört oder gelesen. Ist das so?

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ja, das ist so.

Jürg Vogt, Präsident: Ich darf nun unserem Weibel und seiner Frau etwas überreichen. Ich bitte Anita und Hugo Gloor nach vorne zu kommen. Sie haben dies, wie jedes Jahr, super gemacht. Das ist ein Applaus wert. Somit sind wir am Schluss der Sitzung. Ich danke Ihnen, liebe Einwohnerräte, dass Sie immer so präsent waren an der Sitzung, danke für die Unterstützung, auch vom Gemeinderat habe ich mich immer unterstützt gefühlt. Speziell habe ich mich von der Verwaltung und von Nicole Müller unterstützt gefühlt, sie sitzt ganz hinten und möchte nicht erwähnt werden.

Wir sind nun eingeladen von Pascale. Nächsten Freitag haben wir den Schlussabend, Sie haben alle die Einladung erhalten. Wenn sich noch jemand kurzfristig anmelden möchte, dann wäre das noch möglich. Ich wünsche allen einen schönen Abend und danke für das aktive Mitmachen.

Pascale Uccella-Klauser, 1. Vizepräsidentin: Ich möchte Jürg Danke sagen und möchte ihm einen Wein überreichen. Danke für dieses Jahr.